

unser  
**Wahlprogramm**  
**2011**  
für Oberursel

Am  
27. März  
wählt Oberursel

**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**



# Wahlprogramm 2011 für Oberursel



Vielleicht werden Sie beim Lesen dieses Programms ein wenig stolpern: Wir haben bei Bezeichnungen für Männer und Frauen konsequent die weibliche Form verwendet. Damit sprechen wir auch die Männer an.

Herausgeberin:  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberursel  
Holzweg 14  
61440 Oberursel  
vorstand(at)gruene-oberursel.de  
www.gruene-oberursel.de

Erscheinungstermin: Februar 2011  
Layout&Satz: Lars Stockmann  
Druck: Schuellerdruck Oberursel

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3		
<b>Klimaschutz</b>	<b>5</b>		
Klimaschutz durch Energieeffizienz und Energiegewinnung	5		
Klimaschutz in Stadtplanung und -entwicklung	6		
Klimaschutz und Verkehr	6		
Umwelt- und Naturschutz	7		
Oberurseler Waldflächen	7		
Oberurseler Fließgewässer	8		
Oberurseler Feldgemarkung	8		
Innerstädtische Grünflächen	9		
Artenschutz in Oberursel	10		
Freizeit, Sport und Erholung	10		
Umwelt und Naturschutz in der Planung	11		
<b>Stadtentwicklung und Wirtschafts- förderung</b>	<b>12</b>	<b>Sozialpolitik</b>	<b>23</b>
Planen und Bauen	12	Kinder- und familienfreundliches Oberursel	23
Wohnen	12	Weiterentwicklung der Betreuungs- zu Bildungsangeboten	23
Wirtschaftsförderung	14	Betreuung von null bis drei Jahren	24
<b>Zukunftsfähige Mobilität</b>	<b>15</b>	Betreuung durch Tagesbetreungspersonen	24
Verkehrsplanung und Straßenbau	15	Betreuung in Einrichtungen	24
Elektromobilität	17	Kinderbetreuung ab drei Jahren	25
Regionale Verkehrsplanung	17	Jugendpolitik	26
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	18	Integration	27
Oberursel-Ticket	19	Menschen mit Behinderungen	27
Fahrradfahrerinnen	20	Frauenpolitik	28
Fußgängerinnen	22	Gender Mainstreaming	28
		Alte Menschen in Oberursel	29
		<b>Kultur – Sport – Internationales</b>	<b>29</b>
		Kultur	30
		Sportstätten	31
		Internationales	32
		<b>Transparenz und Bürgerbeteiligung</b>	<b>32</b>
		Bürgerhaushalt	34
		Ortsbeiräte	34
		E-Government und Onlineauftritt	35
		<b>Finanzpolitik</b>	<b>36</b>
		<b>Unsere Kandidaten</b>	<b>37</b>

# Vorwort

Liebe Oberurselerinnen,

für uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Oberursel eine unglaublich liebens- und lebenswerte Stadt. Sie ist aufgrund ihrer Lage mitten in der Metropolregion Rhein-Main durch eine große Vielfalt geprägt: „Alt-Orschelerinnen“ leben mit und neben „Neu-Orschelerinnen“, die manchmal nur für ein oder zwei Jahre hier wohnen und in den umliegenden Gemeinden und Städten arbeiten.

In Oberursel leben Menschen ganz unterschiedlicher Kulturen und Nationalitäten. Wir haben hier eine sehr lebendige und aktive Vereinskultur, die viele Menschen zusammenbringt. Groß ist auch die Spannweite der Wirtschaftsstruktur: Produzierendes Gewerbe ist hier ebenso zu finden, wie große Dienstleistungsunternehmen, Forschung und Entwicklung genauso wie Handel und Handwerk.

Oberursel ist auch eine Schulstadt. Keine andere Stadt im Vordertaunus hat ein solch breites Angebot an Schulen aller Bildungsgänge und pädagogischen Profile.

3

Oberursel ist eine lebendige und wachsende Stadt. In einer Zeit, die von demographischem Wandel und Bevölkerungsrückgang geprägt ist, wächst Oberursel. Viele Menschen, gerade auch junge, wollen hier wohnen und leben.

Oberursel ist eine Stadt im Grünen, mit Grünzügen bis fast in die Innenstadt, am Fuße des Taunus gelegen und von viel Wald umgeben.

Wir GRÜNE wollen zusammen mit Ihnen, den Einwohnerinnen Oberursels, diesen vielfältigen Charakter dieser Stadt mit seiner hohen Lebensqualität bewahren und weiterentwickeln. Wir GRÜNE wollen sicherstellen, dass Oberursel auch in Zukunft den sich wandelnden Bedürfnissen der Einwohnerinnen gerecht wird.

**Wir GRÜNE sehen das Ziel von Politik darin, Freiräume zu schaffen:**

**Baupolitik** muss Räume zum Leben schaffen, keine Angsträume.

**Sozialpolitik** muss Einwohnerinnen einen Rahmen schaffen, damit sie ihre eigenen Lebensentwürfe umsetzen können.

**Finanzpolitik** muss Gestaltungsräume für politische Entscheidungen schaffen, nicht den Mangel verwalten.

**Umweltpolitik** darf keine Alibifunktion haben, sondern muss dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang vor kurzfristigen finanziellen und baupolitischen Interessen einräumen.

**Politik muss inklusiv und integrativ wirken**, d.h. sich an alle Bevölkerungsgruppen wenden: Alt-Eingesessene und Neu-Einwohnerinnen, Menschen deutscher Herkunft und Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen aller Altersklassen, mit unterschiedlichen sozialen Bezügen, Menschen mit Behinderungen, Berufstätige und Nichtberufstätige.

Integration findet da statt, wo Menschen ins Gespräch kommen, miteinander Leben, Heimat und Zukunft gestalten.

Stadtpolitik wirkt integrativ, wenn sie unter anderem dazu beiträgt, die Identifikation aller Einwohnerinnen und Einwohner mit Ihrer Stadt zu fördern.

Dies alles kann Politik aber nicht allein, sondern nur mit den Menschen. Deshalb ist es für uns GRÜNE wichtig, möglichst Viele an den Planungsprozessen und Entscheidungen, die sie und ihre Stadt betreffen, zu beteiligen. Bürgerbeteiligung ist deshalb ein Grundpfeiler GRÜNER Politik.

### **In den nächsten 5 Jahren gibt es in und für Oberursel viel zu tun:**

Welchen Beitrag kann unsere Stadt zur Bewältigung der großen umweltpolitischen Aufgaben des Klimaschutzes und dem Erhalt der Artenvielfalt leisten?

Wie schaffen wir ein ausreichendes und verlässliches Betreuungsangebot für Kinder von 0-3 und Schulkinder, das Kinder nicht nur verwaltet und beaufsichtigt, sondern sie in ihrer Persönlichkeit stärkt und zur Chancengleichheit beiträgt?

Wie gehen wir mit den Herausforderungen des demographischen Wandels um?

Wie gestalten wir unter den Bedingungen knapper Kassen trotzdem ökologisch und sozial nachhaltig?

Wie können wir die Mobilität der Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt erhalten und verbessern, und trotzdem Lärm und Abgase reduzieren?

Warum nicht „Freie Fahrt in Oberurseler Bussen und Bahnen“?

Unser Wahlprogramm, das Sie jetzt in Händen halten, ist in einem mehrstufigen, transparenten Prozess in verschiedenen Arbeitsgruppen von Mitgliedern und Interessierten, Mandatsträgerinnen und „Nichtpolitikerinnen“ erarbeitet worden. Es versucht Antworten darauf zu geben, wie wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN uns nachhaltige und zukunftsfähige Politik vorstellen.

Wir wissen aber auch: Keine Partei und niemand hat den Stein der Weisen. Deshalb stellt dieses Programm für uns eine Arbeitsgrundlage dar, auf der wir in der nächsten Legislaturperiode zusammen mit Ihnen, den Einwohnerinnen Oberursels, und mit den Vertreterinnen der anderen Parteien Politik für Oberursel gestalten wollen.

Oberursel braucht Veränderung. Die Koalition aus CDU und FDP hat bisher kaum nachhaltige Antworten auf die Zukunftsfragen für Oberursel gegeben.

Für eine neue Politik brauchen wir deshalb eine neue Mehrheit.

Hierfür bitten wir Sie um Ihre Stimmen!

Ihr Ortsverband Oberursel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

# Klimaschutz

Die Stadt Oberursel muss sich ihrer Klimaschutzpolitischen Verantwortung stärker bewusst sein und danach handeln. Mit dem Beitritt zum „Klimabündnis“ im Jahr 1997 hat sich Oberursel zu einer aktiven Reduzierung von Treibhausgasen verpflichtet. Wir von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN sind der Ansicht, dass die Stadt in den vergangenen elf Jahren ihrer Selbstverpflichtung kaum nachgekommen ist.

Der Hessentag 2011 in Oberursel will sich nun, einer GRÜNEN Initiative folgend, als klimaneutrale Großveranstaltung profilieren. Zudem ist Oberursel aufgrund eines GRÜNEN Antrags 2010 dem Projekt „100 Kommunen für den Klimaschutz“ der hessischen Landesregierung beigetreten. Dies sind gute Ansätze. Sie reichen aber nicht aus. Wir haben auf kommunaler Ebene noch viel mehr Möglichkeiten, Energie einzusparen und damit CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermeiden. In Oberursel muss sich endlich etwas bewegen für unser Klima und es wird Zeit, radikal umzudenken und zu handeln! Es wird auch immer deutlicher, dass der Schutz unseres Klimas ein Querschnittsthema ist, das viele Politikbereiche betrifft. Für die Koordination der dafür notwendigen Maßnahmen in der Stadtverwaltung, muss die Stelle der Umweltbeauftragten aufgewertet und ausgeweitet werden.

## 5 Klimaschutz durch Energieeffizienz und Energiegewinnung

Wir GRÜNE fordern, dass die Stadt Oberursel ihren Energiebedarf künftig ausschließlich aus regenerativen Quellen bezieht. Hierzu soll der Strombedarf aller städtischen Einrichtungen unter zertifizierten Ökostromanbietern ausgeschrieben werden.

### *GRÜN heißt: Klimaschutz durch energetisch optimierte Gebäude*

Zur Reduzierung des Energiebedarfs sollen städtische Gebäude energetisch saniert werden. Bei der Durchführung solcher Maßnahmen, wollen wir GRÜNE auch auf Energiesparcontracting setzen. (Beim Energiesparcontracting wird ein Vertrag mit einem Dienstleister geschlossen, mit der Maßgabe, dass dieser die Energieeinsparinvestitionen plant, finanziert, durchführt und ein Einsparergebnis garantiert. Dafür garantiert die Stadt dem Dienstleister über mehrere Jahre den Einsparertrag.)

Wir GRÜNE wollen durch Einführung eines Energiemanagementsystems für städtische Gebäude deren Energieeffizienz verbessern. In allen städtischen Gebäuden sollen intelligente Steuersysteme für Beleuchtung und Heizung installiert werden.

Bei der Sanierung und dem Neubau von Gebäuden im Besitz der Stadt bzw. städtischer Gesellschaften muss sich am Passivhausstandard orientiert werden. Sollte dies in begründeten Fällen nicht möglich sein, gilt als Mindeststandard der KfW-.40 Standard. Ziel muss es sein, dass die Stadt Oberursel mittelfristig nur noch Gebäude nutzt, die eine angemessene Energiebilanz aufweisen.

Bei der Veräußerung von städtischen Grundstücken (Erbpacht oder Verkauf) muss vertraglich vereinbart werden, dass bei Neubaumaßnahmen ein dem Passivhausstandard vergleichbarer Standard angestrebt wird. Sollte dies in begründeten Fällen nicht möglich sein, gilt als Mindeststandard der KfW-.40 Standard.

Bei der Beschaffung von neuen Geräten durch die Stadt Oberursel (u. a. PCs, Heizungen, Maschinen für den Bauhof) setzen wir auf den höchsten Effizienzstandard und wollen daher die Energieeffizienz zum Bestandteil der Ausschreibung machen.

### *GRÜN heißt: Regenerative Energien für Oberursel*

Wir GRÜNE wollen die Nutzung regenerativer Energien in Oberursel grundsätzlich fördern. Planungshürden sollen abgebaut werden. Wir wollen ein Dachflächenkataster erstellen und die Dachflächen städtischer Gebäude soweit möglich für Solaranlagen zur Verfügung stellen.

Zudem wollen wir in Oberursel auch eine Biotonne zur Sammlung organischer Abfälle einführen. Die gesammelten Abfälle sollen zur Biogas-Gewinnung genutzt werden.

Selbstverständlich müssen auch die Nutzung der Windenergie und die Errichtung entsprechender Windkraftanlagen an hierfür geeigneten Standorten gefördert werden.

Als eine weitere Maßnahme muss die Energieberatung für Privatleute und Gewerbebetriebe in Bezug auf die Finanzierung von Energiesparmaßnahmen und den Einsatz erneuerbarer Energien zeitlich ausgeweitet und kostenfrei angeboten werden.

## **Klimaschutz in Stadtplanung und -entwicklung**

Wir GRÜNE wollen neue Baugebiete im Hinblick auf die optimale Ausnutzung der Sonnenenergie planen. Neue Baugebiete sollen zudem an die bestehende Infrastruktur anschließen. Durch kompakte Siedlungsstrukturen sollen Verkehr und Bodenversiegelung minimiert werden.

### *GRÜN heißt: Alle Energieeffizienzmöglichkeiten nutzen*

Wir GRÜNE wollen durch Auflagen in Bebauungsplänen Einfluss auf die energetische Effizienz von Neubaugebieten nehmen. So kann z. B. durch die Förderung des Einsatzes von Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen, durch die Vorgabe einer kompakten Bauweise und der zulässigen Dachneigungen und Gebäudeabmessungen, sowie der Festlegung einer verschattungsarmen Lage der Gebäude zueinander, eine aktive und passive Nutzung der Sonnenenergie vorangetrieben werden.

In städtebaulichen Verträgen mit Investoren müssen verbindliche Regelungen zur Energieeffizienz privatrechtlich vereinbart werden. Bei Neubaumaßnahmen wird ein dem Passivhausstandard vergleichbarer Standard angestrebt. Sollte dies in begründeten Fällen nicht möglich sein, gilt als Mindeststandard der KfW-40 Standard.

Im Rahmen städtebaulicher Wettbewerbe sollen Vorgaben zur Energieeffizienz zum Bestandteil des Ausschreibungstextes werden und so in die Bewertung einfließen.

Bei zukünftigen größeren, zusammenhängenden Neubaugebieten (z. B. in Bommersheim Süd) sollte eine zentrale Nahwärmeversorgung in Form eines Blockheizkraftwerkes eingeplant werden.

## **Klimaschutz und Verkehr**

Wir GRÜNE wollen die Rolle des öffentlichen Nahverkehrs durch optimierte Routenplanungen, höhere Taktungen und eine aktive und umfassende Bewerbung des Angebotes stärken. Für die Bediensteten der Stadt soll ein Jobticket eingeführt werden.

Der Fuhrpark der Stadt bzw. der städtischen Gesellschaften soll auf weniger klimaschädliche Fahrzeuge, z. B. mit Erdgasantrieb, umgestellt werden.

Wir wollen den Fokus in der Stadtplanung auf die Vermeidung des motorisierten Individualverkehrs setzen und im Gegenzug Radfahrerinnen und Fußgängerinnen fördern.

### **Unsere GRÜNEN Ideen für den Klimaschutz:**

- städtische Gebäude energetisch optimieren
- regenerative Energien nutzen und erzeugen
- Jobticket für städtische Bedienstete
- Städteplanung nach Kriterien des Klimaschutzes
- Umstellung des städtischen Fuhrparks auf weniger klimaschädliche Fahrzeuge



## Umwelt- und Naturschutz

Die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Schutz der Pflanzen- und Tierwelt sind unersetzliche Voraussetzungen für das Überleben unserer Gesellschaft und die Existenz nachfolgender Generationen. Der Schutz unserer Umwelt beginnt hier bei uns, in unserer Stadt, in unserer unmittelbaren Umgebung. Den Städten und Gemeinden kommt dabei eine wichtige Rolle zu, da sie die politische Ebene repräsentieren, die den Menschen am nächsten steht. Angesichts ihrer umfassenden Aufgaben in Planung und Verwaltung und der damit verbundenen Entscheidungen über den Umgang mit Natur und Landschaft vor Ort, spielen sie eine wichtige Rolle beim Erhalt unserer Umwelt.

### *GRÜN heißt: aktiver Umweltschutz vor Ort*

Natur und Landschaft sind Standortfaktoren – gerade in Ballungsräumen. So verdankt Oberursel seine Bedeutung als Wirtschafts- und Wohnstandort auch seiner landschaftlich reizvollen Lage am Südosthang des Taunus. Denn wer will schon im Rhein-Main-Gebiet arbeiten und leben, wenn es zu wenig Grün in den Städten und keine nah gelegenen Naturräume zum Erholen gibt? Die Erhaltung der verbliebenen naturnahen Grün- und Freiflächen in ihrer Eigenheit und Vielfalt ist jedoch nur durch eine aktive Landschaftspflege zu erreichen. Wir haben für die Grün- und Freiflächen daher entsprechend ihrer jeweiligen Eigenschaften Leitbilder entwickelt, an denen sich Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Weiterentwicklung orientieren sollen.

7

## Oberurseler Waldflächen

Unser Wald ist als zentrales natürliches Refugium für Tier- und Pflanzenarten unverzichtbar und Lieferant für einen nachwachsenden Rohstoff und Energieträger. Zudem leistet der Wald einen essenziellen Beitrag zum Schutz der Böden und unseres Wassers, sowie als Klima-, Immissions-, Lärm- und Sichtschutz. Insbesondere im Ballungsraum Rhein-Main kommt dem Wald zudem eine zentrale Bedeutung als Erholungsraum zu. Für Waldflächen in kommunalem Besitz gilt daher eine besondere Verpflichtung zu nachhaltiger und naturschutzkonformer Waldbewirtschaftung.

Wir GRÜNE werden eine weitere Abnahme des bestehenden Waldflächenanteils und die Zerschneidung der verbleibenden Waldflächen für Siedlungs-, Straßen- und Wegebau nur noch in fachlich begründeten Ausnahmefällen und bei gleichzeitig sichergestellter Kompensation hinnehmen.

### *GRÜN heißt: Zertifizierter Schutz unseres Waldes*

Der Oberurseler Stadtwald soll nach den strengen Kriterien des Waldbewirtschaftungsrates Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert werden. Dadurch werden Mindeststandards für die Erhaltung der biologischen Vielfalt und für eine umwelt- und sozialverträgliche Bewirtschaftung des Waldes festgelegt.

Den Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC) folgend, werden unter Einbeziehung von Sonderstandorten mindestens 10% der Waldfläche nicht bewirtschaftet und gegebenenfalls als Naturwaldreservat ausgewiesen. Aus den Kriterien des FSC folgt auch eine bodenschonende Holzernte sowie ein Verzicht auf Kahlschläge und den Einsatz von Bioziden.

Weitere zentrale FSC-Kriterien sind die Erhöhung der Alt- und Totholzanteile sowie des standortgerechten Laubwaldanteiles durch ein aktives Waldmanagement, die Identifizierung und der Erhalt von Biotopbäumen, dezidierte Pflegepläne für Sonderstandorte und die Sicherstellung angepasster Wildbestände nach dem Grundsatz Wald vor Wild.

## Oberurseler Fließgewässer

Fließgewässer gehören zu den biologisch reichhaltigsten und vielfältigsten Landschaftselementen. Sie sind gewissermaßen das ökologische Rückgrat unserer Landschaft und prägen das lokale Kleinklima, das Landschaftsbild und nicht zuletzt auch den Erholungswert entscheidend. Dieser potenziell hohe ökologische Wert ist jedoch auch in Oberursel in den letzten zwei Jahrhunderten massiv beeinträchtigt worden, u. a. durch massive Bebauungen und Befestigungen, Begradigungen und Verrohrungen, der Einschränkung des Auenraumes, der Verdrängung der natürlichen Ufervegetation, der Beseitigung von Altwässern und Altarmen und der Einbringung von Nährstoffen und Pestiziden aus der Landwirtschaft, Abwässern und Abwärme.

Mit dem Beschluss des "Konzeptes zur Verbesserung der ökologischen Strukturen an Fließgewässern", dessen Erstellung insbesondere dem intensiven Einsatz des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) zu verdanken ist, war die Stadt Oberursel im Jahr 1999 einen wichtigen ersten Schritt zur Renaturierung unserer Oberurseler Fließgewässer gegangen. Die Umsetzung, der im Konzept beschriebenen Maßnahmen, ist jedoch bis heute leider an der im politischen Raum vorherrschenden fehlenden Einsicht in die Bedeutung des Themas und der daraus resultierenden mangelnden Bereitschaft, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, gescheitert.

### *GRÜN heißt: Beschlüsse umsetzen: zügige Verbesserung der Fließgewässer*

8

Wenn jedoch unsere Fließgewässer in Zukunft als intakte Ökosysteme Lebensraum, sicheres Trinkwasser und natürlichen Hochwasserschutz bieten sollen, ist eine konsequente Renaturierung der ausgebauten Gewässer längst überfällig. Die im Jahr 2000 verabschiedete europäische Wasserrahmenrichtlinie formuliert daher das für die EU-Mitgliedsstaaten verbindliche Ziel bis 2015 den guten Zustand des Grundwassers und der oberirdischen Gewässer zu erhalten bzw. zu erreichen. Wir dürfen die Umsetzung des aufgrund der Vorgaben dieser Richtlinie im Jahr 2009 aufgestellten Maßnahmenprogramms nicht weiter verzögern und sind bereits heute gefordert zügig zu handeln

### *GRÜN heißt: Renaturierungskonzept umsetzen*

Wir GRÜNE halten es darüber hinaus für dringend geboten auch anhand des im Jahr 1999 beschlossenen Renaturierungskonzeptes der Stadt die Renaturierung der Oberurseler Fließgewässer voranzutreiben. Ein wesentliches, ökologisches Ziel muss hierbei sein, dass der Urselbach wieder ganzjährig Wasser führt.

Die ökologische Aufwertung der Portwiesen wäre ein geeignetes Projekt, um die Renaturierung des Urselbaches im Sinne der europäischen Wasserrahmenrichtlinie voran zu bringen. Wir halten die Realisierung der vorliegenden Planungen für lange überfällig.

Gezielte Flächenankäufe sind ein probates Mittel, aktiv die verbleibenden Bachauen zu schützen und zu renaturieren. Ein guter ökologischer Zustand unserer Fließgewässer hängt entscheidend davon ab, dass sich die natürliche Dynamik der Fließgewässer frei entfalten kann.

## Oberurseler Feldgemarkung

Die Ackerkulturlandschaften, insbesondere der Bommersheimer aber auch der Stierstädter Feldgemarkung, sollen weiterhin durch die Erwerbslandwirtschaft geprägt bleiben. Im Einvernehmen mit den Landwirten sind monokulturelle oder ausgeräumte Landschaftsteile in ökologisch wertvollere Bereiche umzugestalten, in denen Bachläufe, Feldgehölze und Raine geschützt sind und vernetzt werden. Die Wiesenlandschaften des Oberstedter und des Stierstädter Feldes sollen als Streuobst-, Feucht- und Trockenwiesen erhalten werden. Die Nutzung der Flächen für Kleingärten, Sport- und Freizeitaktivitäten kann hierbei gewahrt bleiben, soweit sie die Belange des Umwelt- und Naturschutzes nicht beeinträchtigen.

### *GRÜN heißt: keine Borngrundbebauung*

In der Stadtentwicklung muss primär auf innerstädtische Verdichtungspotenziale gesetzt werden, da uns kaum ökologischer Spielraum für ein nach außen gerichtetes Wachstum in die verbleibenden Freiflächen der Oberurseler Feldgemarkung verbleibt. Zudem gilt es die verbleibenden Kaltluftschneisen von regionaler Bedeutung unbedingt zu erhalten. Diese sind für das Kleinklima im Ballungsraum Rhein-Main und in der Stadt Frankfurt von besonderer Bedeutung. Aber auch für die Wanderbewegungen zahlreicher Tierarten spielen diese Grünzüge eine wichtige Rolle. Für Oberursel ist hier insbesondere der Grünzug zu nennen, der den Taunus südwestlich von Stierstadt und Weißkirchen bzw. nordöstlich von Kronberg und Steinbach mit Frankfurt verbindet.

Wir GRÜNE setzen uns in Stierstadt gegen die bauliche Erschließung des Borngrundes ein. Mit dieser Ortsrandbebauung und ihrer geplanten Erschließung wird in ökologisch und klimatisch wichtige Freiflächen der Oberurseler Feldgemarkung eingegriffen.

**GRÜN heißt: Ökologische Aufwertung der Ackerkultur- und Wiesenlandschaften**

Die ökologische Aufwertung der Ackerkultur- und Wiesenlandschaft muss u.a. durch die gezielte Anlage und Pflege von Feldgehölzen, Streuobstwiesen und Ackerrandstreifen gefördert werden.

**9** Dazu wollen wir GRÜNE Landwirte unterstützen und beraten, die durch eine Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung ebenfalls zur ökologischen Aufwertung der Flächen beitragen wollen. Fördermöglichkeiten des Landes aber auch auf europäischer Ebene stehen zur Verfügung. Sie müssen nur genutzt werden.

Flächen, die sich in städtischem Besitz befinden, sollen gezielt zu günstigen Konditionen an Oberurseler Bürgerinnen verpachtet werden, wenn sich diese verpflichten für diese Flächen mit Unterstützung der Stadt Streuobstbestände anzulegen und zu pflegen.

## **Innerstädtische Grünflächen**

Innerstädtische Grünflächen verbessern das Stadtklima und bilden grüne Oasen, die insbesondere Kindern und Seniorinnen Erlebnis- und Erholungsräume bieten. Spiel und Sport, Spaziergänge und Erholung erfordern eine weitgehende Öffnung dieser Flächen, in der aber auch einzelne Kleingärten und ökologische Nischen einen Platz haben müssen.

Gebäudebegrünung ist eine wichtige Ergänzung zu vorhandenen Vegetationsbeständen. Wir GRÜNE wollen daher prüfen, inwieweit wir durch ein entsprechendes städtisches Förderprogramm den Anteil begrünter Hofflächen, Fassaden und Dachflächen erhöhen können.

### ***GRÜN heißt: Ökologischen Park Maasgrund gestalten***

Mit dem Maasgrund besitzt Oberursel ein Stück ökologisch potenziell wertvoller Kulturlandschaft, die historisch gewachsen ist. Wir GRÜNE wollen den oberen Maasgrund als ökologischen Stadtpark entwickeln, der Natur, Landwirtschaft und Freizeitnutzung miteinander in Einklang bringt. Als Grundlage für Planung und Umsetzung soll hierbei das im Auftrag des BUND erstellte „Konzept für einen ökologischen Stadtpark im oberen Maasgrund“ herangezogen werden.

Wir GRÜNE fordern auch entsprechende Planungen für den unteren Maasgrund, um unter Einbeziehung der Atzelhöhle eine durchgehende ökologisch hochwertige grüne Achse zu entwickeln, die vom Wald bis zum Oberurseler Bahnhof reicht.

Wir GRÜNE setzen uns zudem für die Erhaltung der vom Stadtwald über das Schwimmbadgelände, den Altkönigsportplatz und die Portwiesen bis zur Bleiche reichenden Grünachse und Kaltluftschneise ein.

## **Artenschutz in Oberursel**

Wir sind verpflichtet, die biologische Vielfalt zu schützen und für die nächsten Generationen zu erhalten. Die biologische Vielfalt und die Vernetzung der unterschiedlichen Ökosysteme bilden die Grundlage für menschliches Leben und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entfaltung. Weltweit werden fast zwei Drittel aller Ökosysteme und zahlreiche Tier- und Pflanzenarten als gefährdet eingestuft. Der Schutz der Biodiversität ist somit eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Oberursel ist Lebensraum, Durchzugsgebiet, Überwinterungsquartier und Brutplatz zahlreicher Tier- und Pflanzenarten. Durch Bebauung, Straßenbau, intensive Landwirtschaft und weitere menschliche Eingriffe werden diese Lebensräume auch in Oberursel immer weiter zerstört. Der Schutz der Biodiversität beginnt daher hier bei uns, in der Region, in unserer Stadt, in unserer unmittelbaren Umwelt.

### *Grün heißt: Aktiver Artenschutz in Oberursel*

Wir GRÜNE sehen in der Schaffung eines Biotopverbundsystems mit seiner flächendeckenden Vernetzung der naturnahen Grün- und Freiflächen ein wesentliches Instrument des Artenschutzes. Durch einfache und kostengünstige Artenhilfsmaßnahmen, wie die Bereitstellung von Nisthilfen an Häusern und Kirchtürmen, muss ein Beitrag für den Vogel- und Fledermausschutz geleistet werden.

Alte, große Biotopbäume in den innerstädtischen Bereichen müssen erfasst, gekennzeichnet und erhalten werden. Gerade diese Bäume sind mit ihrem Angebot an natürlichen Brut- und Schlafhöhlen für den Vogel- und Fledermausschutz unverzichtbar. Wenn - wie nun z.B. in der Adenauerallee geschehen - der Verlust natürlicher Brut- und Schlafhöhlen nicht verhindert werden kann, muss rechtzeitig die Bereitstellung künstlicher Höhlen eingeplant werden.

Auch Privatleute können einen Beitrag zum Artenschutz leisten. Deshalb müssen alle Einwohnerinnen verstärkt darüber informiert werden, wie sie am Haus und im Garten aktiven Artenschutz betreiben können.

## **Freizeit, Sport und Erholung**

Mit dem ökologischen Wert einer Landschaft steigt in der Regel auch ihre Erholungseignung. Das steigende Bedürfnis auf naturnahe Erholung und Freizeitgestaltung führt daher zunehmend zu Druck auf naturnahe Grünflächen und damit zu Konflikten mit den Zielen des Umwelt- und Naturschutzes. Der Taunus hat als wichtiges Erholungsgebiet für das gesamte Rhein-Main-Gebiet eine große Bedeutung und dementsprechend hat der Druck des Individualverkehrs auf den Feldberg beständig zugenommen.

### *GRÜN heißt: Vorrang für den Umweltschutz*

Es ist notwendig, den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes zukünftig gegenüber dem verständlichen Bedürfnis auf naturnahe Erholung und Freizeitgestaltung Vorrang zu geben. Die Nutzung naturnaher Grünflächen für Erholungs-, Sport- und Freizeitaktivitäten soll hierbei gewahrt bleiben, soweit sie die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes nicht beeinträchtigen.

Wir GRÜNE lehnen Planungen ab einen Golfplatz in Oberursel einzurichten, da mit diesem einerseits die für die Naherholung in einem Ballungsraum so wichtigen, frei zugänglichen Flächen verloren gehen und andererseits landwirtschaftlich hochwertige Nutzflächen vernichtet werden, die im Rhein-Main-Gebiet inzwischen ein sehr knappes Gut geworden sind.

Wir GRÜNE wollen die Rolle des öffentlichen Nahverkehrs in der Freizeitgestaltung durch optimierte Routenplanungen, höhere Taktungen, eine aktive und umfassende Bewerbung des Angebotes und nicht zuletzt durch finanzielle Anreize, z.B. durch spezielle vergünstigte Kombitickets, stärken.

## Umwelt und Naturschutz in der Planung

Eine vorausschauende Planung und ein aktives Flächenmanagement durch die Stadt sind unerlässlich, um bei dem in der Rhein-Main-Region herrschenden hohen Siedlungsdruck, die Funktionsfähigkeit und die Vielfalt unserer Landschaft zu erhalten. Der Landschaftsplan zum Flächennutzungsplan, in dem die Entwicklungspotenziale und –ziele für die Freiflächen Oberursels dargelegt sind, stellt hierfür eine wichtige Grundlage dar.

### *GRÜN heißt: Umweltschutz bei allen Planungen*

Umwelt- und Naturschutz dürfen sich jedoch nicht nur auf Schutz und Pflege natürlicher und naturnaher Freiflächen beschränken, sondern müssen bei allen kommunalen Planungen wie u. a. der Verkehrsplanung, der Bauleitplanung und der Wirtschaftsförderung mitbedacht werden. In der Gesetzgebung stehen bei Abwägungsprozessen Umwelt und Natur gleichberechtigt neben anderen Belangen. Eine entsprechend konsequente Berücksichtigung der Belange des Umwelt- und Naturschutzes im Rahmen aller kommunalen Planungen ist daher erklärtes Ziel GRÜNER Politik.

Wir GRÜNE drängen darauf, dass das vor einigen Jahren erarbeitete Landschaftspflegekonzept für Oberursel künftig auch in städtischen Planungen ausreichend berücksichtigt wird und die im Konzept beschriebenen Ziele und Maßnahmen zeitnah realisiert werden. Wir GRÜNE erwarten, dass den Worten auch Taten folgen und entsprechend auch ausreichende Mittel im Haushalt bereitgestellt werden.

### *GRÜN heißt: Ausgleichsmaßnahmen umsetzen*

Für Eingriffe in Natur und Landschaft werden nach den Bestimmungen des hessischen Naturschutzgesetzes Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt. Wir GRÜNE wollen, dass Maßnahmen für Eingriffe in Oberursel auch in Oberursel umgesetzt werden. Wir GRÜNE erwarten zudem, dass den eindeutigen gesetzlichen Bestimmungen folgend, Ausgleichsmaßnahmen auch fristgerecht, d.h. unverzüglich jedoch spätestens bis drei Jahre nach dem Eingriff in Natur und Landschaft, umgesetzt werden. Mit diesem Standpunkt stehen wir leider zurzeit in Oberursel alleine.

Wir mussten feststellen, dass in Oberursel in den letzten 20 Jahren lediglich ein Drittel der festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen auch durch die Stadt Oberursel umgesetzt worden sind. Wir GRÜNE fordern daher, dass diese Ausgleichsmaßnahmen bis in spätestens drei Jahren umgesetzt und dafür ausreichende Mittel im Haushalt bereitgestellt werden. Auch mit diesem Standpunkt stehen wir GRÜNEN unter den Oberurseler Parteien alleine.

#### **GRÜNE Ideen für den Umwelt- und Naturschutz:**

- Der Oberurseler Stadtwald soll nach FSC-Kriterien zertifiziert werden
- zügige Verbesserung der Fließgewässer und Umsetzung des Renaturierungskonzeptes
- Verdichtung vor Bebauung in den Außenbereichen
- keine Bebauung des Borngrunds
- Alle kommunalen Möglichkeiten zum Artenschutz umsetzen
- Umweltschutz stärker bei allen Planungen berücksichtigen
- Ausgleichsmaßnahmen umsetzen

# Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung

## Planen und Bauen

Unsere Stadt stößt an die Grenzen ihres Flächenwachstums. Bei einer weiteren Ausdehnung (Beispiel Bommersheim-Süd) muss jedoch mehr bedacht werden, als die Erstellung von Wohngebäuden. Ein leistungsfähiges Radwegenetz und ein attraktiver ÖPNV, umfassende Energiesparmaßnahmen, Förderung ökologischer Bauprojekte und von Projekten zum Wohnen ohne Auto sind die Antworten auf die aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung

*GRÜN heißt: Ausgewogenheit von Baumaßnahmen und Bewahrung von Ressourcen*

Mit den noch vorhandenen Freiflächen muss sparsam und klug umgegangen werden. Bevor weitere Freiflächen in Anspruch genommen werden, sind innerstädtische Verdichtungspotenziale auszunutzen. Die Grenzen der Verdichtung, die sich durch ökologische Anforderungen, gewachsene Strukturen und besondere Nutzungsqualitäten ergeben, sind hierbei zu beachten.

Bei der Planung neuer Bebauung ist die vorhandene Infrastruktur (Verkehr, öffentliche Räume, soziale Einrichtungen) auf ihre Belastbarkeit zu prüfen und gegebenenfalls neue Infrastruktur mit einzuplanen und zu errichten.

Wichtige Projekte müssen in Wettbewerben oder Gutachterverfahren entschieden werden. Die Öffentlichkeit ist frühzeitig in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

*GRÜN heißt: Mit Beteiligung der Bürgerinnen planen*

Bei der Stadtplanung ist es wesentlich eine gelebte Kultur der begleitenden Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Dafür ist es notwendig die erfolgreichen Bürgerbeteiligungsprojekte der letzten Jahre weiterzuentwickeln und deren Ergebnisse möglichst umfänglich und zeitnah umzusetzen: Gerade die unter umfassender Bürgerbeteiligung entwickelten Projekte des Prozesses „Oberursel unter der Lupe“ tragen sowohl zu einer Attraktivitätssteigerung der Stadt als auch zum Schutz von Freiflächen bei.

*GRÜN heißt: moderne Verkehrskonzepte für Menschen, nicht für Autos*

Verkehrskonzepte müssen dazu dienen, Verkehr effizient zu lenken, Wohngebiete zu entlasten und attraktive Alternativen zum Auto zu fördern. Daher sind für uns ein leistungsfähiges Radwegenetz und attraktive ÖPNV-Verbindungen die Grundvoraussetzungen für eine moderne Mobilität. Dadurch kann die Innenstadt vom Bahnhof zur Oberhöchstadter Straße entlastet werden und Schulwege und Wohngebiete werden sicherer, wie im Bereich der Frankfurter Landstraße.

Vor allem bei der Entwicklung von Neubaugebieten in den Stadtteilen brauchen wir neue Ideen. Gesamtkonzepte, die ökologische Maßstäbe setzen, wie autofreie Wohnbezirke, flächendeckende Tempo-30-Zonen, Shared Space Zonen (Verkehrsflächen, die von allen Verkehrsteilnehmerinnen gleichberechtigt, bei weitestgehendem Verzicht auf Verkehrsregelungen, genutzt werden können) müssen geprüft und umgesetzt werden. Der alleinige Fokus auf Ortsumfahrungen, wie in Weißkirchen, greift zu kurz, bringt keine Entlastung und zerstört zudem noch wertvolle Grünfläche.

## Wohnen

Eine gute Stadtentwicklung zeigt sich im Erhalt und in der Attraktivitätssteigerung vorhandener Plätze und Flächen. Viel zu tun gibt es am „Verkehrsknotenpunkt“ Holzwegplätzchen. Hier brauchen wir ein Gestaltungskonzept, das sowohl den Menschen als auch dem Verkehr Rechnung trägt.

Ein historischer Marktplatz hat eine Qualität an sich. Wir lehnen einen Umbau ab, der den Charakter zerstört.

Zu einem guten Wohnumfeld zählen auch die noch vorhandenen naturnahen Flächen wie der Borngrund. Die dort geplante Bebauung in Stierstadt lehnen wir ab. Die hierfür notwendig werdende Verbreiterung des Seedammwegs würde außerdem zusätzlichen Autoverkehr durch ein schutzbedürftiges Areal lenken. Eine derartige Verschlechterung der Wohnqualität wollen wir auf keinen Fall.

### *GRÜN heißt: Wohnqualität in Oberursel*

Die knapper werdenden Platzressourcen erfordern eine Veränderung der städtebaulichen Planung vermehrt hin zu kleineren Grundstücksstrukturen. In der Zukunft muss verstärkt energie- und flächensparend gebaut werden und trotzdem eine hohe Wohnqualität gesichert bleiben, auch wenn die Investitionskosten zunächst höher liegen als bisher. Bei allen städtischen Projekten ist daher auf hohe energetische Mindeststandards zu achten, das heißt, dass unter Nutzung aller technischen Möglichkeiten beim Betrieb der Häuser Energie gespart bzw. erzeugt wird.

Nicht zuletzt die demografische Entwicklung schafft neue Herausforderungen an die Stadtplanung für morgen. Die Möglichkeit des Zusammenlebens von mehreren Generationen muss von Beginn an in der Konzeption neuer oder bei der Umgestaltung bereits bestehender Baugebiete berücksichtigt werden. Barrierefreies Wohnen muss in Zukunft selbstverständlich sein. Ziel muss es sein, dass auch ältere Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Wohnumgebung leben können. Dadurch wachsen auch Sozialstrukturen, die aus Wohngebieten Lebensräume machen. Stichworte für solche neuen Wohnformen sind: Mehrgenerationen-Wohnen, Seniorinnen-Wohngemeinschaften, Betreutes Wohnen oder mehrere Wohnformen unter einem Dach.

### *GRÜN heißt: Flächeneffizient, energiesparend, barrierefrei, bezahlbar*

Ziel GRÜNER Politik ist es auch weiterhin, bezahlbaren Wohnraum in guter Qualität zu gewährleisten. Allen Oberurselerinnen muss unabhängig vom Einkommen ausreichender Wohnraum zu angemessenen Bedingungen zur Verfügung stehen. Mit der Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SEWO) steht der Stadt ein Instrument zur Verfügung, sich im Wohnungsbau stärker zu engagieren. Das sollte dringend geprüft werden.

Zum Zwecke der Wohnungsbauförderung sollten auch Grundstückspreis-Subventionen Anwendung finden, wenn im Gegenzug die sozialgerechte Nutzung der Grundstücke – z.B. für Geschosswohnungsbau mit Mietpreisbindung - vertraglich gesichert ist. Bei der erstmaligen Entwicklung von Baugebieten ist wenn möglich vom Instrument der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Gebrauch zu machen, da so die Stadt einen größeren Einfluss auf die Bebauung hat. Dabei ist den von der Maßnahme betroffenen Grundstückseigentümerinnen frühzeitig durch präzise Angaben ihrer Vorteile die Scheu vor der Anwendung dieses Verfahrens zu nehmen.

#### **GRÜNE Ideen zur Stadtentwicklung für Oberursel sind:**

- Gemeinsam mit Einwohnerinnen planen
- autofreie Wohngebiete entwickeln
- Förderung innovativer ökologischer und sozialer Wohnraumideen
- die Faktoren Flächeneffizienz, Energiesparsamkeit, Barrierefreiheit und Bezahlbarkeit als Eckpunkte für Wohnungsbau

## Wirtschaftsförderung

Augenmaß und Nachhaltigkeit sind auch bei der Wirtschaftsförderung die zentralen Begriffe. Neben einzelnen Großunternehmen sollen vor allem kleine und mittelständische Betriebe für den Standort Oberursel gewonnen werden. Dies garantiert der Stadt eine krisenunabhängige weit gestreute gewerbliche Wirtschaftsstruktur. Neben Dienstleistungsunternehmen sollte das Augenmerk auf der Ansiedlung zukunftsorientierter Technologiebetriebe mit Produktion und Forschung liegen.

Die Wirtschaftsförderung der Stadt muss einen zweiten Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Bestandspflege der bestehenden Betriebe legen. Im Dialog müssen Problemlösungen gefunden werden, damit der Standort Oberursel zum Nutzen aller attraktiv bleibt. Auch im Gewerbebau sind die Grenzen der baulichen Dichte maßgebend, die das Stadtbild und die besondere Lebensqualität der Stadt setzen. Vorrang vor der Erweiterung und Neukonzeption von Gewerbegebieten muss daher, analog zum Wohnungsbau, in Zukunft die Verdichtung und Effektivierung bestehender Areale haben.

### *GRÜN heißt: Wirtschaftskraft durch Vielfalt*

In der kommenden Wahlperiode wird eine Planung für das Rathaus zur Debatte stehen. Wie so oft, muss auch hier entschieden werden, ob ein Umbau oder die Niederlegung mit anschließendem Neubau sinnvoller ist. Die Bausubstanz des Rathauses ist nicht so marode, dass ein Einsturz zu befürchten wäre. Eine energetische Sanierung dürfte sich allerdings nicht mehr lohnen. Deswegen sprechen wir uns für einen Neubau aus.

Wir sind uns mit den anderen Parteien weitgehend einig, dass wir den Rathausplatz mit seinen Gebäuden im Rahmen eines Gesamtkonzepts umgestalten und damit aufwerten möchten. Die Ansiedelung eines Frequenzbringers, d.h. eines größeren Einzelhandelsunternehmens, das viele Kundinnen in die Oberurseler Innenstadt zieht, soll dabei der Stärkung des innerstädtischen Handels dienen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass das zusätzliche Warenangebot Lücken im Bestand zu schließen hilft. Konkurrenzsituationen zu bestehenden Dienstleistungsbetrieben in der Innenstadt möchten wir möglichst vermeiden, wissen aber auch, dass sie nicht immer zu umgehen sind, wenn die Innenstadt belebt werden soll.

14

#### **GRÜNE Ideen zur Wirtschaftsförderung sind:**

- Weiterentwicklung der vorhandenen Infrastruktur
- Gewinnung von klein- und mittelständischen Betrieben
- Attraktivitätssteigerung der Innenstadt



# Zukunftsfähige Mobilität

## Verkehrsplanung und Straßenbau

Die Verkehrsplanung in Oberursel hat sich in den letzten Jahrzehnten, wie in vielen anderen Kommunen in Deutschland, am Vorrang des Autoverkehrs vor den anderen Verkehrsteilnehmerinnen wie z.B. Fußgängerinnen, Radfahrerinnen und dem ÖPNV orientiert. Umgehungsstraßen wurden gebaut, um den zunehmenden Autoverkehr zu kanalisieren. Andere Verkehrsteilnehmerinnen wie Radfahrerinnen und Fußgängerinnen wurden in der Verkehrsplanung meist nur, unter der Vorgabe eines möglichst reibungslosen Autoverkehrs, berücksichtigt. Wohngebiete wurden immer darauf hin geplant, dass jedes Haus direkt per Auto erreichbar ist und die Autos auch in unmittelbarer Nähe zu den Häusern abgestellt werden können.

### *GRÜN heißt: Umdenken in der Verkehrsplanung*

Die Grenzen dieser einseitig am Auto orientierten Verkehrs- und Stadtplanung sind in den letzten 20 Jahren immer stärker deutlich geworden:

Die Reserven an fossilen Energieträgern gehen erkennbar zur Neige. Es gibt ernsthafte Hinweise darauf, dass der so genannte „Peak-Oil“ d.h. der Zeitpunkt der maximalen Erdöl-Fördermenge schon erreicht ist. Die Folge ist, bei weiterhin zunehmendem Verbrauch insbesondere in den Schwellenländern, ein stark ansteigender Ölpreis in den nächsten Jahrzehnten.

Die Umweltrisiken bei der Förderung immer schwerer zugänglicher Ölreserven sind enorm. Ein Beispiel dafür ist die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko im April 2010.

Die auf Erdöl basierende Energiewirtschaft führt zu einem enormen CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der wiederum der wichtigste Faktor bei den in seinen Auswirkungen schon deutlich spürbaren Klimaveränderungen ist.

Der Autoverkehr führt außerdem zu starken Lärm- und Feinstaubbelastungen. Lärm und Feinstaub verursachen massive Gesundheitsschäden mit den entsprechenden Verlusten an Lebensqualität und hohen Kosten für unser Gesundheitssystem.

### *GRÜN heißt: Radverkehrskonzept konsequent umsetzen*

An diesen unabweisbaren Erkenntnissen, die von uns GRÜNEN immer wieder in die politische Diskussion eingebracht wurden, kommen mittlerweile auch die Vertreterinnen der anderen Parteien nicht vorbei. Die Verkehrsplanung in Oberursel hat sich in Teilen in die notwendige Richtung verändert: z.B. wurde das Radverkehrskonzept, wie von uns GRÜNEN beantragt, komplett neu erstellt. Insbesondere der Sach- und Fachverstand des ADFC wurde dabei eingearbeitet. Auch wurden für die Umsetzung des Konzepts Gelder in den Haushalt eingestellt. Gleichzeitig halten aber die anderen in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien weiter an überkommenen Straßenbaukonzepten, wie z.B. dem Bau der Südumgehung Weißkirchen, fest.

Grün heißt: Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmerinnen

Wir GRÜNE sind der festen Überzeugung, dass nur eine weitgehende Umsteuerung in der Verkehrsplanung den energie- und umweltpolitischen Erfordernissen der nächsten Jahrzehnte gerecht wird.

Der Leitgedanke dafür ist, alle Verkehrsteilnehmerinnen gleichberechtigt in der Verkehrsplanung zu berücksichtigen und die Verkehrsplanung an den Kriterien der Ressourcenschonung, Nachhaltigkeit und dem Gesundheitsschutz auszurichten.

Die Lärmbelastungen und die Gesundheitsgefährdungen der Anwohnerinnen in verkehrsbelasteten Wohngebieten müssen ernst genommen werden. Um die Folgen des Autoverkehrs zu mindern, müssen für die am meisten lärmbelasteten Straßen Oberursels unverzüglich Lärminderungspläne – auf die nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz Anspruch besteht – aufgestellt werden.

## *GRÜN heißt: Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit*

Zur Lärminderung und zur Verringerung der Unfallgefahr fordern wir GRÜNEN Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im Oberurseler Stadtgebiet einzuführen. Insbesondere in der Innenstadt mit dem typischen Mix aus Wohnhäusern und Geschäften würden davon alle profitieren: Die Anwohnerinnen durch weniger Lärm, die Radfahrerinnen durch mehr Sicherheit im Verkehr auf der Straße und die Fußgängerinnen, weil sie gefahrloser die Straßen überqueren können. Gerade in der Adenauerallee wäre ein solches Konzept sinnvoll.

Notwendige Ausnahmen von dieser Regelgeschwindigkeit müssen einzeln beschlossen werden.

## *GRÜN heißt: Rück- und Umbau von Straßen*

Straßen, deren Verkehrswert durch Straßenneubauten gesunken ist, sollten zurückgebaut werden. Zum Beispiel könnte für die sehr belastete Oberhöchstadter Straße, deren Bedeutung für den Verkehr nach dem Anschluss der Weingärtenumgehung an die Nassauer Straße deutlich gemindert ist, in enger Kooperation mit den Anwohnerinnen, ein Rückbaukonzept zur deutlichen Verkehrsreduzierung erarbeitet werden.

Die schon beschlossene Anbindung der Weingärtenumgehung an die Nassauer Straße wird den Durchgangsverkehr aus Bad Soden / Kronberg nach Bad Homburg verstärkt mitten durch die Oberurseler Innenstadt führen. Durchgangsverkehr, der ja eigentlich durch den Bau der Nordumfahrung Oberursel, aus dem Innenstadtbereich herausgehalten werden sollte.

Deshalb forderten wir GRÜNEN in einem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung vom 27.09.2007, ernsthaft zu prüfen, ob es möglich ist, die Nassauer Straße im Abschnitt zwischen Adenauerallee und Feldbergstraße für den Autoverkehr zu schließen.

Die Verwirklichung dieser Idee hätte als weiteren wichtigen Effekt, dass damit eine attraktive Fußgängerachse vom Bahnhof über die Adenaueranlage bis in die Vorstadt geschaffen würde.

## *GRÜN heißt: Shared Space- Projekte prüfen*

Nimmt man die Leitidee von der Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmerinnen ernst, muss man sich mit dem Konzept des „Shared Space“ beschäftigen. Dies ist ein in den 90er Jahren in den Niederlanden entwickeltes Verkehrskonzept, das zum Ziel hat, den vom Verkehr dominierten öffentlichen Straßenraum lebenswerter und sicherer zu machen, sowie den Verkehrsfluss zu verbessern. Charakteristisch ist dabei das Fehlen von Verkehrszeichen, Signalanlagen und Fahrbahnmarkierungen und die Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmerinnen. Der weitgehende Verzicht auf optische Verkehrsregelungen unter Beibehaltung der „Rechts vor Links“ Regel führt dazu, dass Verkehrsteilnehmerinnen verstärkt aufeinander Rücksicht nehmen und die Unfallzahlen tendenziell sinken. Straßenraum wird wieder stärker in den städtischen Raum integriert.

In der niedersächsischen Gemeinde Bohnte wird „Shared Space“ im Rahmen eines EU-Projektes großflächig erprobt und von der FH Osnabrück wissenschaftlich evaluiert. Die Ergebnisse sind sehr positiv. Auch im Frankfurter Stadtteil Nieder-Erlenbach gibt es positive Erfahrungen.

Wir GRÜNEN fordern, ernsthaft zu prüfen, wo „Shared Space“ im Rahmen eines Pilotprojektes in Oberursel umgesetzt werden kann.

## *GRÜN heißt: Verkehrsminderungskonzepte für jeden Stadtteil und die Innenstadt*

Für ein wirkungsvolles Umsteuern in der Verkehrsplanung ist es notwendig, stadtteilspezifische Verkehrskonzepte zu entwickeln, mit dem Ziel, einen ortsangepassten kurz- und langfristigen Maßnahmenkatalog zu entwickeln, um die Einwohnerinnen so weit wie möglich von den negativen Folgen des Verkehrs zu entlasten und gleichzeitig die notwendige Mobilität zu gewährleisten. Dabei sollen die oben dargestellten Ideen zur Anwendung kommen.

Verkehrskonzepte sind notwendig:

- Für die Innenstadt vom Bahnhof bis zur Oberhöchstatter Straße; dabei soll gemeinsam mit den Anwohnerinnen Lösungen entwickelt werden, wie der Autoverkehr stark reduziert werden kann.
- Für den überlasteten Stadtteil Bommersheim; mit dem Ziel, die Homburger Landstraße zu entlasten und als Wohngebiet aufzuwerten, sowie die engen und gefährlichen Schulwege sicherer zu gestalten.
- Für Stierstadt; mit dem Ziel schon im Vorfeld der möglichen Entwicklung von Neubaugebieten in diesem Stadtteil, wirksame und ökologisch verträgliche Maßnahmen zur Erschließung und Verkehrsentlastung in Stierstadt zu entwickeln. Wir sind der Überzeugung, dass Straßenneubauten die Verkehrsbelastungen für den Stadtteil erhöhen und nicht vermindern.
- Für Weißkirchen; um insbesondere die Kurmainzer Straße nachhaltig zu entlasten.
- Für Oberstedten; mit dem Ziel den Verkehr im gesamten Stadtteil zu beruhigen, z.B. durch flächendeckend Tempo 30, Shared Space Zonen etc.

## **Elektromobilität**

**17** Eine große verkehrspolitische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte wird die notwendige Umstellung des motorisierten Individualverkehrs von fossilen Energieträgern auf regenerative Energie sein. Ein wichtiger Baustein dazu wird die Etablierung von Elektrofahrzeugen darstellen. Dieser Prozess sollte von der Stadt Oberursel gefördert werden. Zum Beispiel könnten die Stadtwerke Oberursel, die ja auch als Stromanbieter auftreten, den Erwerb von Elektrorollern durch einen Zuschuss fördern. Ebenso sollte geprüft werden, ob die Stadtwerke Oberursel an einer zentralen Stelle in Oberursel eine Ökostromtankstelle errichten und betreiben können. Wir wollen außerdem prüfen, ob für Elektrofahrzeuge kostenfreie Parkplätze zur Verfügung gestellt werden können.

## **Regionale Verkehrsplanung**

Regionale Verkehrsprobleme im Vordertaunus können nur im Rahmen einer regionalen Verkehrsplanung gelöst werden. Das gilt insbesondere mit Blick auf die weitere Entwicklung des neuen Frankfurter Stadtteils Riedberg und des Gewerbegebiets „Am Martinszehnten.“

Wir fordern eine ganzheitliche Verkehrsplanung für den Raum zwischen Bad Homburg, Oberursel, Steinbach, Eschborn und Frankfurt, die auch den Ausbau des Schienenverkehrs mit einbezieht. Hier ist vor allem – nach mittlerweile schier endlosen Verhandlungen zwischen den Kommunen und der Bahn - die schnelle Umsetzung der Regionaltangente West (eine direkte S-Bahnverbindung von Bad Homburg über Eschborn zum Rhein-Main Flughafen) zu forcieren. Ergänzend dazu ist es dringend notwendig, Express-Bus-Querverbindungen zwischen den Taunusstädten einzurichten, wie z.B. eine Schnellverbindung Bad Homburg – Königstein.

Die von den anderen Parteien in der Oberurseler Stadtverordnetenversammlung weiterhin geforderte Südumfahrung Weißkirchen lehnen wir GRÜNEN entschieden ab. Sie bringt nur geringe Entlastungseffekte für die Kurmainzer Straße und zerstückelt ein ökologisch wertvolles Naherholungsgebiet im Süden von Oberursel.

Stattdessen fordern wir lärmindernde Maßnahmen auf der Kurmainzer Straße, insbesondere Tempo 30 auf der gesamten Strecke zwischen Bahnhof Steinbach/Weißkirchen und der Frankfurter Landstraße.

### **GRÜNE Ideen für eine neue Verkehrsplanung:**

- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im Oberurseler Stadtgebiet
- Erstellung und zeitnahe Umsetzung eines Verkehrsminderungskonzeptes für die Oberhöchstadter Straße, sobald die Anbindung der Weingärtenumgehung an die Nassauer Straße erfolgt ist
- Erstellung und zeitnahe Umsetzung von Verkehrsminderungskonzepten für die Stadtteile
- ernsthafte Prüfung, ob nach Anschluss der Weingärtenumgehung an die Nassauer Straße, letztere im Bereich zwischen Adenauerallee und Feldbergstraße für den Autoverkehr gesperrt werden kann
- schnelle Verwirklichung der Regionaltangente West
- Verzicht auf die Südumgehung Weißkirchen

## **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

Der öffentliche Personennahverkehr in Oberursel muss attraktiver werden! Mit U3, S5 und Taunusbahn besitzen wir zwar eine gute Anbindung an Frankfurt, das Sorgenkind ist und bleibt der Stadtbus und Verbindungen in unsere östlichen und westlichen Nachbarstädte und in Richtung Feldberg.

Gerade Busse können eine große Rolle im innerstädtischen Verkehr spielen und für Verkehrsentlastungen sorgen.

Bei neuen Gewerbeansiedlungen wird – bei der aktuellen Verkehrsplanung in Oberursel - vorrangig auf ausreichende Straßenkapazitäten geachtet, beim ÖPNV-Anschluss reicht meist der Kommentar: „Ist vorhanden“! Ob aber die Kapazitäten im Bus, die Wege zur Arbeitsstelle, die Ausstattung der Haltestellen, die Fahrzeiten oder die Fahrtakte der Arbeitnehmerin genügen, wird nicht hinterfragt. Gerade beim Oberurseler Stadtbus gibt es einen enormen Verbesserungsbedarf bei Streckenführung und Takt. Insbesondere die peripheren Stadtteile, Wohn- und Gewerbegebiete müssen besser an die Innenstadt angebunden werden.

### *GRÜN heißt: Den öffentlichen Nahverkehr endlich attraktivieren*

Probleme gibt es im öffentlichen Nahverkehr viele:

Im Regionalverkehr fehlen Express-Bus-Verbindungen zwischen den Vordertaunusstädten.

Die Ausstattung und der Komfort der Bushaltestellen lässt stark zu wünschen übrig. Es fehlt u.a. ein leistungsfähiges und flächendeckendes Informationssystem, das analog zur U-Bahn an den Bushaltestellen über die voraussichtliche Wartezeit bis zum Fahrtantritt im gewünschten Bus informiert.

Die Busse sind an den Haltestellen nicht barrierefrei zu betreten. Die Haltestellen sind nachts nicht beleuchtet, was zu einem Unsicherheitsgefühl bei den Wartenden führt. Fahrräder können an den Haltestellen nicht sicher abgestellt werden, was den Umstieg zwischen den Verkehrsmitteln erschwert.

Neben der Verbindungsqualität stellt die Preisstruktur den wichtigsten Einflussfaktor auf die Nutzung des ÖPNV dar.

Die Entscheidung, welches Verkehrsmittel man nehmen will, fällt oft gegen den ÖPNV, weil die Ticketkosten höher liegen, als die variablen Kosten für das Auto. Die Fixkosten für das Auto (Anschaffung, Steuer, Versicherung, Wartung, Reparaturen) werden dabei einfach vergessen.

### *GRÜN heißt: Ticketpreise senken*

Für uns GRÜNE folgt daraus, dass die Ticketpreise im ÖPNV deutlich gesenkt werden müssen, um das Ziel zu erreichen, den Anteil des ÖPNV am gesamten Verkehrsaufkommen nachhaltig zu steigern.

Eine Möglichkeit dazu wäre, in Verhandlungen mit dem RMV einzutreten, mit dem Ziel, die Preise für die Wochen- bzw. Monatsfahrkarten für den innerstädtischen Verkehr deutlich zu senken. Bei den Einzeltickets sollten Kinder nur noch die Hälfte des Erwachsenenpreises zahlen müssen und der Kindertarif bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres gelten.

Eine weitergehende, aber sehr wirkungsvolle Möglichkeit wäre es, den Fahrpreis auf Null zu senken.

## **19 Oberursel-Ticket**

Wir GRÜNEN haben dafür das Konzept eines Oberursel -Tickets entwickelt:

Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass sich der Nutzungsgrad des ÖPNV besonders stark ansteigt, wenn Busse und Bahnen genutzt werden können, ohne vorher einen Fahrschein erwerben zu müssen.

Beispiel Hasselt (Belgien, 71.000 Einwohner): Die Fahrgastzahlen stiegen im ÖPNV nach Umstellung auf eine kostenfreie Nutzung von 360.000 im Jahr 1996 auf ca. 4,6 Mio. im Jahr 2006. Das entspricht einer Steigerung um ca. 1.300 Prozent. Auf einen weiteren Straßenring konnte so verzichtet werden.

Beispiel Templin (Brandenburg, 16.000 Einwohner): Die Fahrgastzahlen stiegen nach Umstellung auf eine kostenfreie Nutzung von ca. 41.000 Fahrgästen im Jahr 1997 auf ca. 610.000 Fahrgästen im Jahr 2001.

### *GRÜN heißt: Oberursel-Ticket diskutieren und ernsthaft prüfen*

So etwas könnte in Oberursel auch funktionieren! Analog zum „Semester-Ticket“ für Studentinnen könnte die Stadt bzw. die Stadtwerke in Verhandlungen mit dem RMV eintreten, mit dem Ziel, dass jede Einwohnerin der Stadt ein „Oberursel-Ticket“ bekommt, das es ihr erlaubt, Busse und Bahnen des ÖPNV innerhalb des Oberurseler Stadtgebietes kostenfrei zu nutzen.

Das Projekt „Oberursel-Ticket“ kostet Geld. Der ÖPNV ist eine gemeinschaftliche Aufgabe, deren positive Effekte – Energieeinsparung, CO<sub>2</sub>-Minderung, Entlastung des Straßennetzes – allen zu Gute kommt. Somit ist es folgerichtig, an der Finanzierung des ÖPNV verstärkt alle Einwohnerinnen und nicht nur die aktuellen Nutzerinnen von Bus und Bahn zu beteiligen.

Die Kosten für das „Oberursel-Ticket“ könnten z. B. über eine Erhöhung der Parkgebühren und eine Nahverkehrsabgabe erbracht werden.

Uns GRÜNEN ist bewusst, dass eine solche – für viele ungewohnte - Idee nur mit einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung eine Chance auf Verwirklichung hat. Wir wollen deshalb im Kommunalwahlkampf anfangen, mit den Einwohnerinnen Oberursels die Idee eines „Oberursel Tickets“ zu diskutieren.

### *GRÜN heißt: Attraktiver öffentlicher Nahverkehr*

Der ÖPNV muss außerdem deutlich kundenorientierter werden. Regelmäßige Fahrgastumfragen und ein Fahrgastbeirat würden dabei helfen, das Angebot zeitnah besser an die Bedürfnisse der Nutzerinnen anzupassen. Durch Werbung und Marketing müssen die Einwohnerinnen besser

über das ÖPNV-Angebot informiert werden.

Das von uns angestrebte „Oberursel-Ticket“ kann aber nur dann erfolgreich funktionieren, wenn der Öffentliche Nahverkehr insgesamt deutlich kundenorientierter wird. Hierzu müssen z.B. die Bushaltestellen umgestaltet werden (barrierefrei gestaltet, deutlich geschriebene Haltestellennamen, gut ausgeleuchtet und - wo möglich – überdacht und mit Fahrradabstellanlagen ausgestattet). Bei Haltestellenverlegungen müssen deutliche Hinweise und genaue Wegeführungen angegeben werden.

### *GRÜN heißt: Kundenwünsche in den Mittelpunkt*

Gute Ideen brauchen gute Marketing. Bestandteil eines Marketing-Konzeptes müssen regelmäßige Fahrgastumfragen, eine schnelle Umsetzung von Änderungswünschen sowie die Einrichtung eines Fahrgastbeirates sein. Sonderaktionen mit z.B. kostenlosen Bussen und häufigeren Fahrten bei speziellen Events (Brunnenfest; Theater im Park; Adventswochenenden; Mittelalterfest) können dazu dienen, potenzielle Nutzerinnen zum Umstieg auf den Nahverkehr zu bewegen.

#### **GRÜNE Ideen für den Öffentlichen Nahverkehr:**

- Linienführung verbessern – abgelegene Wohn-, Gewerbegebiete und Schulen besser verknüpfen;
- Bushaltestellen besser ausstatten: Barrierefrei gestalten, nachts beleuchten, Fahrradabstellanlagen an zentralen Haltestellen errichten;
- funktionierende und jederzeit gut lesbare Businformationssysteme an zentralen Stellen in unserer Stadt (Fußgängerzone, Bahnhof, Holzweg...) und Kurzinfos an allen Haltestellen
- Preise senken: ernsthafte Prüfung und öffentliche Diskussion zur Einführung eines „Oberursel-Tickets“ zur kostenlosen Nutzung aller Oberurseler ÖPNV-Mittel

20

### **Fahrradfahrerinnen**

Sicher, schnell und bequem sind die Leitgedanken unter denen, aufgrund eines GRÜNEN Antrages aus dem Jahr 2005, die Stadt Oberursel in enger Zusammenarbeit mit dem ADFC ein neues Radverkehrskonzept erstellt hat. Radfahren zur Schule, zum Arbeitsplatz, zum Einkaufen und in der Freizeit kann sicher, schnell und bequem sein und macht Spaß, wenn Radfahrerinnen gleichberechtigt und unter guten Bedingungen am Straßenverkehr teilnehmen können. Oberurseler Einwohnerinnen sollen eine Verkehrssituation vorfinden, bei der sie das Fahrrad als eine sichere, schnelle und bequeme Alternative zum Auto erachten und gerne und häufig das Fahrrad benutzen. Wir GRÜNE fordern daher, dass das Radverkehrskonzept nun auch konsequent umgesetzt wird.

### *GRÜN heißt: Radfahren sicher, schnell und bequem*

Die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes soll dabei unter Beteiligung der Einwohnerinnen und unter Einbeziehung relevanter Verbände, u. a. dem ADFC, erfolgen. Nicht zuletzt wird für die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes aber entscheidend sein, dass im städtischen Haushalt ausreichend Mittel bereitgestellt werden.

Wir GRÜNE werden uns hierfür einsetzen, damit das aktuelle Radverkehrskonzept nicht, wie sein Vorgänger an den falschen verkehrspolitischen Prioritäten der aktuellen Koalition von CDU und FDP scheitert.

### *GRÜN heißt: Sicherer Radverkehr*

Die Anlage von baulich separierten Radwegen, Radverkehrsstreifen oder Schutzstreifen, um Fahrradfahrerinnen besser vor dem fließenden Autoverkehr zu schützen und gleichzeitig auch die Autofahrerinnen auf den Fahrradverkehr besser aufmerksam zu machen. Wo eine separate Einrichtung von Radverkehrsanlagen nicht möglich ist, sollte, soweit möglich, die Höchstgeschwindigkeit auf 30 Km/h reduziert werden (z. B. auf der Adenauerallee zwischen Nassauer Straße und Oberhöchstader Straße.

Wir fordern Radverkehrsstreifen u.a. an der Oberhöchstader Straße, der Homburger Landstraße, der Frankfurter Landstraße und dem Zimmersmühlenweg. Die Reduzierung und Verlagerung von Parkplätzen muss dabei in Kauf genommen werden.

Kreuzungen, wie an der Homburger Landstraße/An den Drei Hasen oder Frankfurter Landstraße/Zimmersmühlenweg/Bommersheimer Straße, müssen fahrradgerecht gestaltet werden.

Das Radwegenetz soll mit der Region verknüpft werden. Sichere Radfahrverbindungen in die Nachbargemeinden müssen geschaffen werden. Besonders die Radwege zwischen Oberursel und Bad Homburg bedürfen auf Oberurseler Seite dringend Ausbau und Erneuerung.

### *GRÜN heißt: Schneller Radverkehr*

21

Radverkehrsverbindungen sollten so geplant und angelegt werden, dass Radfahrerinnen schnell und ohne Umwege an ihr Ziel gelangen können. In der Innenstadt soll daher der Epinayplatz als Knotenpunkt wichtiger Radverkehrsverbindungen für den Radverkehr geöffnet werden.

Weiterhin sind Einbahnstraßen grundsätzlich für den Radverkehr frei zu geben (wie z.B. die Lindenstraße zwischen Aumühlenstraße und Nassauer Straße), soweit nicht berechtigte Sicherheitsbedenken bestehen.

### *GRÜN heißt: Bequemer Radverkehr*

Abstellanlagen sollen einheitlich so gestaltet sein, dass man sein Fahrrad mit dem Rahmen sicher und einfach anschließen kann. Sie sollen leicht einzusehen, nachts gut ausgeleuchtet und gut zugänglich sein. Größere Anlagen sollten überdacht werden.

In der Oberurseler Innenstadt fehlen Abstellanlagen an wichtigen Knotenpunkten für den Radverkehr und den innerstädtischen Einzelhandel. Wir haben daher mit einem GRÜNEN Antrag die Stadt Oberursel beauftragt, zentrale Abstellanlagen insbesondere am Epinayplatz, dem Marktplatz, dem Holzwegplätzchen und im Bereich der Bärenkreuzung bereitzustellen. Zusätzlich werden auch dezentrale Abstellanlagen in ausreichender Anzahl benötigt.

Bei öffentlichen Einrichtungen muss geprüft werden, ob ausreichend Abstellanlagen zur Verfügung stehen und ob die Vorhandenen den Anforderungen genügen. Mit Oberurseler Einzelhändlern ist zu beraten, wie deren Angebot ausgebaut und qualitativ aufgewertet werden kann.

Fahrradabstellanlagen sind auch für die Verzahnung des Radverkehrs mit dem öffentlichen Nahverkehr von entscheidender Bedeutung. Die hier vom Planungsverband festgestellten Mängel an Bike & Ride Anlagen an Oberurseler U- und S-Bahnhaltestellen, wollen wir daher mit Priorität beseitigen.

Mit einem GRÜNEN Antrag haben wir uns zudem für die Einrichtung einer Fahrradstation am Oberurseler Bahnhof eingesetzt. Diese soll mit zusätzlichen Serviceleistungen, rund um das Fahrrad, die Attraktivität von ÖPNV und Radverkehr steigern.

Bequem bedeutet, neben sicheren Wegen und guten Abstellmöglichkeiten, aber auch eine gute Ausschilderung der Wege, für Ziele in Oberursel und für regionale Ziele. Die Beschilderung sollte auffällig und gut einzusehen sein, damit eine leichte Orientierung möglich ist.

Und zur Bequemlichkeit gehört auch das Gefühl, als Radfahrerin erwünscht und nicht bloß Stiefkind einer nur am Autoverkehr orientierten Verkehrsplanung zu sein.

Deswegen sollte mit der Umsetzung des Radverkehrskonzepts auch gezielt Imagepflege für den Radverkehr in Oberursel betrieben werden. Sind Netzlücken z.B. nach Bad Homburg geschlossen und mehr bequeme Abstellmöglichkeiten in der Innenstadt geschaffen, kann die Stadt auch die Einwohnerinnen der Umlandgemeinden einladen, mit dem Fahrrad zum Hessentag zu kommen.

#### **GRÜNE Ideen für Radfahrerinnen:**

- Umsetzung des Radverkehrskonzeptes
- besserer Schutz der Radfahrerinnen vor dem Autoverkehr
- Verknüpfung der Radwegeverbindungen
- ausreichende und geeignete Fahrradabstellanlagen

## **Fußgängerinnen**

Die Fußgängerinnen müssen bei der Verkehrsplanung gleichberechtigt berücksichtigt werden. Häufig werden Gehwege nach Belieben als Stellfläche umfunktioniert mit dem Gedanken, dass die Fußgängerinnen auch eben auf die Straße ausweichen oder sich vorbeiquetschen können. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass man bequem alle Ziele in Oberursel erreichen kann, auch mit Kinderwagen oder als alter oder gehbehinderter Mensch.

22

### *GRÜN heißt: Breite Gehwege*

Gehwege müssen ausreichend breit sein, so dass man auch mit Kinderwagen bequem einander passieren kann. Bei ausreichend breiten Gehwegen muss durch Markierungen deutlich gekennzeichnet sein, welcher Bereich eines Gehwegs maximal zum Parken genutzt werden darf. Durch regelmäßige Kontrollen ist hier und auch generell rücksichtslos parkenden Autofahrerinnen Einhalt zu gebieten. Sind Gehwege zu schmal, müssen sie verbreitert werden oder die Straße muss – z.B. in Wohngebieten oder eng gebauten historischen Ortskernen- in einen verkehrsberuhigten Gesamtraum umgestaltet werden, der dann von allen Teilnehmerinnen gleichberechtigt genutzt werden darf.

### *GRÜN heißt: Fußgängerinnenfreundliche Kreuzungen*

Bordsteine müssen an allen Kreuzungen und anderen Straßenquerungen (z.B. Zebrastreifen) abgesenkt sein, damit junge und alte Menschen mit und ohne Gehbehinderungen bequem und sicher die Straße passieren können. Auch Rollstuhlfahrerinnen und Eltern mit Kinderwagen sind auf entsprechende Planungen angewiesen. An Kreuzungen und anderen Straßenquerungen ist zudem mit taktilen Leitelementen sicherzustellen, dass auch Sehbehinderte bequem und sicher die Straße passieren können.

Bei der Neugestaltung von Verkehrsflächen muss auf diese Aspekte Rücksicht genommen werden. Vor allem bei der Neugestaltung der Bärenkreuzung soll es Fußgängerinnen möglich sein, bequem und ohne Hindernisse von der Adenauerallee in die Vorstadt zu gelangen. Genauso sollen auch durch verkehrsberuhigende Maßnahmen am Bahnhofsvorplatz den Fußgängerinnen mehr Rechte eingeräumt werden.

### *GRÜN heißt: Zu Fuß gehen ist angenehm*

Alle Fußgängerampeln im Stadtgebiet sind daraufhin zu überprüfen, ob es möglich ist, diese mit Fußgängervorrangschaltungen zu betreiben. Zudem ist zu prüfen, inwieweit akustische Signaleinrichtungen für sehbehinderte Einwohnerinnen vorhanden sind bzw. benötigt werden.

Wir GRÜNE fordern eine Analyse des Bestands, aus der hervorgeht, wo und wie in Oberursel De-



fizite für Fußgängerinnen bestehen. Dabei soll insbesondere auf die obengenannten Aspekte geachtet werden. Auf Basis der Analyse soll ein Maßnahmenprogramm mit Prioritäten und Zeitplan erstellt werden, um die bestehenden Defizite zeitnah zu beseitigen.

#### **GRÜNE Ideen für eine fußgängerinnenfreundliche Stadt:**

- ausreichend breite Gehwege müssen Standard sein
- Kreuzungen müssen durch abgesenkte Bordsteine und andere Maßnahmen bequem für Fußgängerinnen sein
- Maßnahmenprogramm zur Beseitigung der festgestellten Mängel

## Sozialpolitik

### **Kinder- und familienfreundliches Oberursel**

23 Kinder sind unsere Zukunft. Sie sind eigenständige Persönlichkeiten von Geburt an. Sie haben ein Recht auf Bildung, auf individuelle Förderung und Unterstützung. Kinder brauchen nicht nur Eltern, sondern auch ein Gemeinwesen, das sich seiner Verantwortung ihnen gegenüber bewusst ist. In Betreuung und Bildung für Kinder zu investieren muss selbstverständlich sein, denn eine kompetente, selbstbewusste und kluge nächste Generation ist die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteure aus Politik, Wirtschaft, Kirchen, Vereinen und Verbänden, vor allem auch durch die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien dazu beitragen, dass mehr Lebensqualität entsteht.

### **Weiterentwicklung der Betreuungs- zu Bildungsangeboten**

Bildung ist ein kontinuierlicher Prozess und fängt nicht erst mit dem ersten Schultag an. Jedes Kind hat dabei das Recht auf eine individuelle Förderung seiner Fähigkeiten, die Stärkung seiner Persönlichkeit und Unterstützung bei der Überwindung von Schwächen. Eine anregende Umgebung und kindgerechte Bildungsangebote in einer Einrichtung oder in einer Familientagesbetreuung unterstützen Familien und fördern die motorische, musische, kognitive, emotionale und soziale Entwicklung des Kindes.

#### ***GRÜN heißt: Frühkindliche Bildung JA – Verschulung der Kindergärten NEIN!***

Ein letztes Kindergartenjahr, das Kinder auf ein Niveau von Wissen und Disziplin festlegen will, ist der falsche Weg. Ziel des Besuchs des Kindergartens soll nicht sein, früher schulfähig und angepasster an die Grundschule zu werden, sondern eine ganzheitlich definierte und umfassende frühkindliche Bildung, die auch der Bildungsplan von 2007 „Bildung von Anfang an“ vorsieht.

Eine frühe und enge Kooperation zwischen Kindergärten und Grundschulen ist notwendig, um einen günstigen Übergang zwischen den Institutionen zu erreichen.

#### ***GRÜN heißt: Familien nicht allein lassen***

Es wird immer Familien geben, die ihr Kind nicht ausreichend in seiner Entwicklung fördern können. Dem höheren Unterstützungsbedarf dieser Familien muss entsprochen werden. Manche Kinder benötigen aufgrund ihrer spezifischen Lebenssituation besondere Förderung, um über die gleichen Entwicklungschancen wie andere Kinder verfügen zu können; dazu gehören z. B. Kinder mit Behinderungen, Kinder in besonderen sozialen Lebenslagen und ein Teil der Kinder mit Migrationshintergrund.

## Betreuung von null bis drei Jahren

Der Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren übersteigt weiterhin deutlich das Angebot. Ziel muss eine bedarfsgerechte Ausgestaltung von Betreuungsangeboten sein, die auch der Entscheidungsfreiheit von Eltern auf Betreuung und Förderung ihrer Kinder Rechnung trägt. Eltern müssen aber eine wirkliche Entscheidungs- und Wahlfreiheit erhalten und nicht unter Zwang stehen, ein Betreuungsangebot in einer Betreuungsart annehmen zu müssen, da keine Alternative besteht.

Zentrale Aufgabe der Stadt ist es, eine qualitativ hochwertige Betreuung sicher zu stellen. Vorrangiges Ziel muss dabei immer sein, eine Betreuung anzubieten, die sich an den individuellen Bedürfnissen des Babys und Kleinkindes in der jeweiligen Entwicklungssituation orientiert, sowie eine sichere Betreuungssituation für die Familie darstellt.

Es gibt zwei grundsätzlich unterschiedliche Arten von Betreuung: Betreuung in Einrichtungen, den sog. Kinderkrippen und die Betreuung durch Tagesmütter.

## Betreuung durch Tagesbetreuungspersonen

Mit dem städtischen Verein Nest-Werk e.V. bietet die Stadt eine umfassende Informationsmöglichkeit für Eltern und zugleich eigene Vermittlung von Tagesbetreuungspersonen an.

Zur Qualitätssicherung der Betreuung bietet Nest-Werk e.V. – ebenso wie andere freie Träger – Weiterbildungsmöglichkeiten an.

### *GRÜN heißt: Qualität muss gesichert sein*

Tagesbetreuungspersonen, die alleine arbeiten und keine pädagogische Ausbildung besitzen, brauchen Unterstützung, die auch Kontrolle beinhaltet. Hier besteht noch deutlicher Nachholbedarf. Die verpflichtende Supervision aller Betreuungspersonen, die bei Nest-Werk e.V. vorgesehen ist - ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Supervision endet aber momentan nach zwei Jahren. Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zur Vorbeugung von Konflikten müssen aber über diesen Zeitraum hinaus getroffen werden.

### *GRÜN heißt: Wahlmöglichkeit durch Vielfalt*

Einen Beitrag zur Wahlfreiheit der Eltern leisten ebenfalls freie Träger und Vereine wie Mobilé e.V., die ganz unterschiedliche Dienstleistungen und Angebote im Tagesbetreuungs Bereich anbieten. Sie tragen einen wesentlichen Teil zur Betreuungsvielfalt bei. Dies gilt es anzuerkennen und zu fördern.

Wichtig ist allerdings, die städtische Förderung an die Merkmale der Qualitätssicherung zu knüpfen. Dies ist nach unserer Auffassung mit den 2010 verabschiedeten Förderrichtlinien gelungen. Eine Evaluierung und Überprüfung, ob mit dieser Maßnahme nun erfolgreich Betreuungsplätze erhalten und ausgebaut werden können, ist im Rahmen des Kindertagesstättenentwicklungsplanes notwendig.

## Betreuung in Einrichtungen

Die Betreuung in festen Einrichtungen stellt das zweite wichtige Standbein dar. Mit der Arbeit nach dem Bildungsplan null bis zehn Jahren ist die Grundlage für eine an dem Kindeswohl orientierte Arbeit gegeben. Die kontinuierliche Betreuung durch pädagogische Fachkräfte stellt eine Qualität sicher, die auch ihren Preis hat. Trotzdem muss auch hier ein Ausbau stattfinden. Schwerpunkt muss auf dem Ausbau der Plätze liegen, die eine Betreuung für Kinder ab 12 bzw. 14 Monaten bieten. Es darf nicht sein, dass Eltern, die nach Auslaufen des Elterngeldes ihr Kind betreuen lassen wollen, ausschließlich auf Tagesmütter angewiesen sind, da die Stadt nur zehn Plätze in der Krabbelstube Pfützenracker anbieten kann. Hier ist die Wahlfreiheit deutlich eingeschränkt.

## **Kinderbetreuung ab drei Jahren**

Oberursel ist hauptverantwortlich für die Trägerschaft der Kindergärten. Deshalb muss die Stadt auch eine Planungssicherheit und Unterstützung durch das Land Hessen erhalten. Negativbeispiel ist hier die Umsetzung der Mindestverordnung über einen besseren Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten. Kommunen, auch die Stadt Oberursel, haben vorausschauend schon früh in kleinere Gruppengrößen investiert und damit die Verordnung vor dem Stichtag 01.09.2009 umgesetzt

### *GRÜN heißt: Zentrale Anmeldung und transparente Information*

Eine zentrale Anmeldung für einen Kindergartenplatz ist absolut notwendig. Bislang waren Eltern gezwungen, ihr Kind bei vielen unterschiedlichen Einrichtungen einzeln anzumelden, in der Hoffnung irgendwo einen Platz zu ergattern. Dies führt zu langen Wartelisten, obwohl viele Kinder gar keinen Platz mehr suchen.

Eine zentrale Anmeldung soll nun umgesetzt werden. Offen ist immer noch, ob auch die freien Träger daran teilnehmen. Da aber eine flächendeckende Betreuung nur unter Beteiligung freier Träger möglich ist, muss hier eine Abstimmung erfolgen. Alles andere wäre nur ein halber Schritt!

Es ist auch wichtig, dass Eltern frühzeitig informiert werden, in welcher Einrichtung ihr Kind einen Platz bekommt. Es stellt Familien vor unnötige Probleme, wenn erst vier bis acht Wochen vor Beginn der Betreuung der Bescheid über einen Platz oder eben eine Absage kommt. Die Suche nach Alternativen oder auch die Möglichkeit zeitnah wieder dem Beruf nachzugehen wird deutlich erschwert.

### *Das Angebot bestimmt die Nachfrage? – GRÜN heißt: Umgekehrt ist richtig!*

Die Öffnungszeiten einiger Kindergärten orientieren sich nicht ausreichend an den Anforderungen vieler Familien.

Gesetzlich garantiert ist nur ein Kindergartenplatz, der eine Vormittagsbetreuung ohne Mittagessen beinhaltet. Dies garantiert eine Scheinversorgung, die mit den Anforderungen nichts gemein hat!

Wir GRÜNEN fordern deshalb neue Nutzungskonzepte, die flexibler und bedarfsgerechter dieses Problem lösen. In einigen Kindergärten wird dies ja bereits mit Erfolg praktiziert. Wichtig ist hierbei, dass im Mittelpunkt weiterhin die Interessen der Kinder stehen.

Ein Kindergartenplatz im unmittelbaren Wohnumfeld ermöglicht eine soziale Verankerung, nachbarschaftliche Hilfemöglichkeiten und einen sanften Übergang zwischen den Betreuungsformen bis hin zur Grundschule.

### *GRÜN heißt: Gemeinsame Verantwortung – geteilte Kosten*

Langfristiges Ziel bleibt es, Kinderbetreuung grundsätzlich kostenfrei anzubieten. Ein kostenfreier Kindergarten für alle leistet unter anderem auch einen wichtigen Beitrag zur Integration von Kindern aus sozial benachteiligten Familien und von Kindern mit Migrationshintergrund. Allerdings kann dies nicht von der Stadt Oberursel alleine bewältigt werden. Hier sind Bund und Land Hessen gefragt, die Finanzierung sicher zu stellen. Alle, Bund, Länder und Kommunen tragen die Verantwortung und müssen sich dafür die Kosten teilen!

Zwischen den Kinderbetreuungseinrichtungen der Städte und Gemeinden muss ein pädagogischer Wettbewerb stattfinden und kein finanzieller, wie dies leider im Augenblick der Fall ist.

In der Zwischenzeit setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass die Kindergartengebühren in Oberursel finanzierbar bleiben und ein sozialer Faktor eingeführt wird, der es auch Familien mit kleinem oder mittlerem Einkommen ermöglicht, ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen zu geben.

### *GRÜN heißt: ausreichendes Hortangebot*

U3, Kita... war da noch was? Richtig, die Nachmittagsbetreuung der Grundschülerinnen. Wenn es Eltern gelungen ist, Kindergarten und Beruf unter einen Hut gebracht zu haben, beginnt die erneute Unsicherheit vor dem Schulstart. Ein ausreichendes Hortangebot ist demnach ebenso notwendig, wie ausreichende Kitaplätze.

Solange ein flächendeckendes Ganztagsangebot nur als Versprechen besteht und keine Realität ist, bleiben die Kommunen gefordert, eine Hortbetreuung sicherzustellen.

Konkret heißt das: frühzeitige Bedarfserhebung und Anpassung der Platzkapazitäten, ein ausreichendes, qualitativ gutes Angebot an Plätzen und rechtzeitige Unterrichtung der Eltern über Zu- oder Absage eines Platzes.

#### **Grüne Ideen zu einer familienfreundlichen Stadt:**

- ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren
- Ausbau der Plätze auch nach Qualitätsgesichtspunkten
- zentrale Anmeldung für Kindergartenplätze
- ausreichendes Hortangebot

## **Jugendpolitik**

26

Kinder sind unsere Zukunft – Jugendliche auch? JA! Leider werden Jugendliche oft als störend, viel zu laut oder sogar als angsteinflößend wahrgenommen.

### *GRÜN heißt: Plätze zu Lebensräumen*

Zuletzt haben Diskussionen über angeblich katastrophale und unzumutbare Zustände im Camp King vor allem auf eines hingewiesen: Die Bedürfnisse von Jugendlichen unterscheiden sich von denen anderer Einwohnerinnen.

So wäre eine engere Einbindung auch von Jugendlichen in die Planung der Freiflächen im Camp King gut gewesen. Heute wird der geschaffene Platz von ihnen angenommen, brauchen sie eine verständnisvolle Begleitung, damit aus dem Platz auch ein von allen respektierter und gepflegter Lebensraum für Jugendliche werden kann.

### *GRÜN heißt: Angebote für Jugendliche dort, wo Jugendliche auch sind*

Jugendarbeit ist mehr als Reagieren auf Probleme. Wo soll eine Skater-Anlage hin? Welche anderen Treffpunkte soll es geben? Welche anderen Treffpunkte in und um Oberurseler herum gibt es? Wie komme ich da hin? Streetworkerinnen sind in der Lage auf unsere Jugendlichen zuzugehen, Orientierung zu geben und so passende Lösungen für ihre Bedürfnisse zu finden.

Dies hat nach jahrelangen GRÜNEN Forderungen 2009 auch die Stadt Oberursel erkannt und einen Streetworker eingestellt, der allerdings noch nicht einmal eine ganze Stelle hat. Wir GRÜNE finden es unverantwortlich, einen Streetworker alleine arbeiten zu lassen und mit einer solch geringen Stundenanzahl auszustatten. Ein Grundsatz der Streetworker ist es, zum Selbstschutz immer in Zweiertteams zu arbeiten; dies ist so nicht möglich. Sinnvoll ist ein Team, das aus Mitarbeiterinnen unterschiedlicher Herkunft und Professionalität besteht, weil es „die“ Jugendlichen genauso wenig wie „das“ Jugendproblem gibt. Dies gewährleistet eine höhere Akzeptanz der Jugendlichen. Das ist die Basis für einen respektvollen Dialog. Aus einem solchen Dialog kann sich eine institutionalisierte Jugendbeteiligung (Jugendbeirat) entwickeln

#### **GRÜNE Ideen für Jugendliche:**

- von allen akzeptierte Plätze für Jugendliche
- Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten bei der Stadtplanung
- deutliche Ausweitung der aufsuchenden Jugendarbeit

## Integration

Integration – immer eine Aufgabe der anderen? Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberursel bedeutet Integration den Prozess des Zusammenlebens, basierend auf Demokratie und Toleranz.

Integration kann nicht verordnet werden. Sie braucht den Willen der Ankommenden genauso wie die Bereitschaft der Aufnehmenden zum Gelingen dieses Prozesses. Kultur und gesellschaftliches Verständnis bilden die Grundlage für eine sich entwickelnde Gesellschaft. Dies gilt ganz praktisch im alltäglichen Miteinander unserer Stadt.

Oberursel ist eine Stadt der Modellregion Integration Hochtaunuskreis, die nun neue Projekte und Initiativen mit Unterstützung durch Land und Kreis umsetzen kann. Es ist wichtig, dass nicht nur in der bisher angesetzten Projektlaufzeit von drei Jahren, die Finanzierung gesichert bleibt.

Weiterhin ein Negativbeispiel stellt das Flüchtlings-Wohnheim an der Karl-Hermann-Flach-Straße dar: Ein solches Wohnheim schafft Isolation statt Integration. Diese Situation wird durch die Unterbringung von Obdachlosen noch verschärft.

Integration bedeutet vor allem soziale Integration und gilt somit nicht allein für Migrantinnen.

Wir fordern daher die umgehende Schließung der Einrichtung. Flüchtlinge sollen im Hochtaunuskreis menschenwürdig und dezentral untergebracht werden. Für die Obdachlosen muss die Stadt Oberursel individuelle Lösungen finden.

### *GRÜN heißt: Bildung gegen Armut*

Schönreden hilft nicht! Sozialpolitik muss mutig sein und Missstände benennen, aber auch optimistisch und deutlich sein. Sie darf sich nicht von diffusen Ängsten leiten lassen, sondern deutlich in der Debatte Erfolge und Probleme ansprechen.

Es gibt Armut in der Gesellschaft, auch in Oberursel. Die Zahl der Oberurselerinnen, deren verfügbares Einkommen nicht für den eigenen Lebensunterhalt reicht, steigt. Auch verlassen viel zu viele Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss erhalten zu haben. Bildung und gesellschaftliche Beteiligung sind und bleiben der Schlüssel für die Überwindung dieses Zustandes. Institutionen wie die Kleiderkammer oder die Oberurseler Tafel bekämpfen Symptome, ändern aber nichts an der Ursache von Armut.

Wir fordern daher die Einführung eines „Oberursel-Passes“, der Leistungen der Stadt, z.B. Zugang zu städtischen Einrichtungen und Veranstaltungen (Stadtbücherei, Schwimmbad etc.) vergünstigt anbietet. Außerdem müssen weitere Maßnahmen erfolgen. Dies beinhaltet die Förderung von Kindern bildungsferner Schichten, die Kooperation von Sozialarbeit und Kinderbetreuungseinrichtungen, der Ausweitung von aufsuchender Sozialarbeit und einem wirkungsvollen Quartiersmanagement in Problembezirken

All dies kostet Geld, aber noch viel mehr kostet es, all dies nicht zu tun. Konflikte eskalieren, Verhaltensauffälligkeiten werden verstärkt und die Stadt muss dann wieder viel Geld in die Hand nehmen, eine Problemlösung zu erreichen.

## Menschen mit Behinderungen

Oberursel ist seit vielen Jahren als wichtiger Standort der Behindertenarbeit bekannt. Viele Einrichtungen und Schulen kümmern sich um Menschen mit Behinderungen, mit einem Einzugsgebiet weit über den Hochtaunuskreis hinaus. Mit den „Oberurseler Werkstätten“, der IB Behindertenhilfe, dem Alfred-Delp-Haus oder der „Helen-Keller-Schule“ sollen nur ein paar Beispiele genannt werden. In Oberursel ist auch dadurch das Klima für Menschen mit Behinderungen weit besser, als an anderen Orten. Dennoch gibt es auch in Oberursel noch viele Barrieren, die alle Menschen in ihrem Leben behindern können, dauerhaft oder temporär. Ob schlecht lesbare Fahrplanaushänge an den Bushaltestellen, zu hohe Bordsteinkanten, fehlende Ausschilderungen oder zugeparkte Behindertenparkplätze; wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, kann diese und viele weitere Beispiele schnell entdecken.

Ziel GRÜNER Politik ist eine umfassend verstandene Barrierefreiheit in Oberursel, gerade weil viele Menschen mit Behinderungen hier leben, arbeiten oder zur Schule gehen.

### *GRÜN heißt: Leben ohne Barrieren*

Behinderte erklären selbstbewusst, dass sie keine Versorgungsfälle sind. Sie benötigen von der Politik nur Hilfe zur Selbsthilfe. Ziel muss es deshalb sein, ihre größtmögliche Selbstständigkeit und somit Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Ein Erfolg GRÜNER Hartnäckigkeit: Es wurde eine Behindertenbeauftragte benannt.

Damit ist der Anfang gemacht. Ein wirklicher Abbau von Barrieren muss folgen. Ein nächster Schritt muss eine Informationsplattform sein, auf der sich Menschen mit Behinderungen selbstständig über barrierefreie Angebote informieren können.

### *GRÜN heißt: Oberursel ohne Barrieren*

Barrierefreiheit erleichtert viel im Alltag aller Bürgerinnen und ist somit keine „Behindertenangelegenheit“ sondern von ganz allgemeinem Interesse. Mit dieser Erkenntnis wird „Behindertenpolitik“ auch Bürgerpolitik und vom Nischendasein befreit.

Eltern mit Kinderwagen, ältere Menschen, Menschen mit Schwierigkeiten im Sprachverständnis wissen, was Hürden im Alltag sind. Diese weitgehend abzubauen ist Aufgabe aller städtischen Politikbereiche.

28

## **Frauenpolitik**

Politik muss Politik für Frauen sein – und zwar mit Priorität. Hierarchien und Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern sind aber noch lange nicht ganz und schon gar nicht überall abgebaut. Und noch immer tragen Frauen die doppelte und dreifache Last, wenn sie Beruf und Familie vereinbaren wollen. Das Rollenspektrum hat sich für viele Männer nicht im gleichen Maße erweitert wie das der Frauen. Einen wichtigen Beitrag zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern in wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereichen ist das Frauennetzwerk in Oberursel. Durch die Frauenbeauftragte hat die Stadt Oberursel eine besondere Ansprechpartnerin. Im von der Stadt organisierten Frauennetzwerk erhalten Frauen aus ganz unterschiedlichen Bereichen die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und ihre Meinung zu sie betreffenden Entscheidungen zu formulieren und direkt der Stadt zu vermitteln.

### *GRÜN heißt: Klares JA zum Frauenhaus*

Ein besonderer Schwerpunkt der Frauenpolitik ist der Schutz von Frauen, die Opfer von sexualisierter, psychischer oder physischer Gewalt sind. Das Bundesgewaltschutzgesetz von 2002 bedeutet einen Paradigmenwechsel im Umgang mit dem Thema Gewalt gegen Frauen. „Wer schlägt, der geht.“ ist ein funktionierender Grundsatz, der Opfern von Gewalt nicht gleichzeitig die Lebensgrundlage raubt. Trotzdem müssen viele Frauen vor Gewalt fliehen. Diesen Frauen einen kurzfristigen Schutz zu bieten, ist auch kommunale Aufgabe. Der Beitrag der Stadt Oberursel zum Bau des neuen Frauenhauses war ein ganz wichtiger Schritt, die beengten Verhältnisse im bisherigen Frauenhaus zu ändern. Ziel GRÜNER Politik ist es weiterhin sicherzustellen, dass das neue Frauenhaus auch langfristig ein zuverlässiger Zufluchtsort für Frauen ist.

## **Gender Mainstreaming**

Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen von Männern und Frauen von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Durch die Anwendung des Gender Mainstreaming-Prinzips werden die gesellschaftlich geprägten Geschlechterrollen, sowie die unterschiedlichen Lebensverhältnisse und Bedürfnisse von Frauen und Männern sichtbar gemacht. Gender Main-

streaming ist damit ein Auftrag an die Verwaltung, die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern in der Struktur, in der Gestaltung von Entscheidungen, in den Ergebnissen, in der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit und in der Steuerung von vornherein zu berücksichtigen, um das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter von Frauen und Männern effektiv verwirklichen zu können.

### *GRÜN heißt: Gender Mainstreaming umsetzen*

Dem Stadtverordnetenbeschluss, Gender Mainstreaming zur Grundlage von Verwaltungshandeln vom 28.06.2007 muss endlich mehr folgen, als nur eine Aufnahme in die allgemeinen Geschäftsanweisungen der Stadt. Mitarbeiter, Magistrat – allen voran der Bürgermeister – müssen geschult werden, aktive Umsetzung bei allen einzelnen Entscheidungen muss erfolgen und es müssen Gelder bereitgestellt werden, dies zu finanzieren und die Umsetzung zu überwachen. Davon sind wir noch weit entfernt.

### **Alte Menschen in Oberursel**

29

Ein immer wichtigeres Thema wird die Förderung von Engagement und Selbsthilfe älterer Menschen sein, wie sie im aktuellen Konzept zur Offenen Seniorenarbeit auch vorgesehen ist. Diese ehrenamtliche Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zu einem funktionierenden Gemeinwesen. Darüber hinaus sichern solche Tätigkeiten die Teilhabe am öffentlichen Leben und tragen zu besseren Generationsbeziehungen bei.

Nach jahrelangen Forderungen gibt es seit 2007 eine Seniorenbeauftragte, die als zentrale Anlaufstelle fungiert und einen direkten Kontakt in die Verwaltung sichert. GRÜNE Politik wird die Umsetzung der Konzepte kritisch begleiten und kontrollieren, ob ausreichende Finanz- und Personalressourcen genehmigt werden.

Allerdings ist die oft gehörte Forderung nach alternativen Wohnformen bisher ungehört verhallt. In zukünftigen Planungen muss die Stadt die Möglichkeiten für selbstbestimmte Wohnformen im Alter, Mehrgenerationenhäuser und integratives, generationenübergreifendes Wohnen unter Beteiligung der Seniorinnen und deren Beauftragte vorsehen.

#### **Grüne Ideen in den weiteren Sozialpolitikbereichen:**

- mit Bildungskonzepten aktiv Armut bekämpfen
- Umsetzung des Oberursel-Passes
- ein barrierefreies Oberursel gestalten
- klares JA zum Frauenhaus
- Umsetzung der Gender Mainstreaming-Konzeption
- Seniorinnenarbeit mit Beteiligungsprojekten aktiv fördern

## **Kultur – Sport – Internationales**

Oberursel hat ein reges und vielfältiges Freizeitangebot. Getragen werden die Angebote vor allem durch das große ehrenamtliche Engagement vieler Einwohnerinnen. Diese finden sich in vielen Vereinen und Initiativen der Stadt. Der KSfO (Kultur und Sportförderverein Oberursel) und der Vereinsring (auch auf Stadtteilebene) bilden als freiwillige Zusammenschlüsse den organisatorischen Rahmen, in dem die einzelnen Gruppen ihre Veranstaltungen koordinieren und in denen sie Unterstützung bei der Durchführung finden können.

Weitere Standbeine sind die Aktivitäten der Kirchen, der Volkshochschule und der Schulen. Aber auch privatwirtschaftliche Anbieterinnen, an erster Stelle die in der Gastronomie tätigen Oberurselerinnen, tragen zur Bereicherung des kulturellen Lebens bei.

## **Kultur**

Die aktive Rolle der Stadt Oberursel besteht zum einen in der Bereitstellung von Institutionen der kulturellen Grundversorgung, wie der Stadtbücherei, dem Vortaunusmuseum und dem Stadtarchiv. Zudem stellt sie Räume für die unterschiedlichsten Anforderungen bereit und vergibt Zuschüsse zu kulturellen Aktivitäten.

Bei herausragenden Veranstaltungen wie „Brunnenfest“ und „Theater im Park“ leistet der Geschäftsbereich „Kultur“ wesentliche Beiträge zur Durchführung. Aber auch im Bereich der Kinder- und Jugendkultur leisten städtische Mitarbeiterinnen entscheidende Impulse und organisatorische Arbeit.

### *GRÜN heißt: Kulturelles Miteinander und kulturelle Vielfalt fördern*

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern in der öffentlichen Kulturpolitik in erster Linie, das Engagement der Einwohnerinnen zu unterstützen. Die Ideen und der Einsatz der Einwohnerinnen sind Garanten für eine größtmögliche Vielfalt des kulturellen Lebens. Sie sind Ausdruck und Spiegelbild des gesellschaftlichen Lebens in Oberursel. Dies gilt es zu fördern.

30

### *GRÜN heißt: Kultur muss einen sicheren finanziellen Rahmen behalten.*

Der Gesamthaushalt der Stadt Oberursel umfasst ca. 90 Mio. €. Der Kulturetat beträgt davon ca. 3 Mio. €, aufgeteilt auf den Geschäftsbereich Kultur mit ca. 1,3 Mio. €, die Stadtbücherei mit ca. 1,2 Mio. €, das Vortaunusmuseum mit ca. 300.000 € und das Stadtarchiv mit ca. 200.000 €.

Wir sind der Meinung, dass die Höhe des Kulturetats notwendig ist und nicht unterschritten werden darf. Die Oberurseler Kultur braucht dauerhafte Planungssicherheit und finanzielle Absicherung durch die Stadt. Den Trägerinnen des kulturellen Lebens ist eine größtmögliche Verantwortung und Mitsprache bei der Ausgestaltung und Verwendung der kommunalen Ressourcen einzuräumen.

Allerdings muss darauf geachtet werden, dass nicht Vorhaben über den Kulturetat finanziert werden, die in andere Geschäftsbereiche gehören. So wird bisher z.B. die Miete für das Alte Rathaus in Oberstedten in Höhe von 42.000 € vollständig über den Kulturetat abgewickelt, obwohl es nur teilweise kulturell genutzt wird.

Andererseits muss die Förderung der Stadt eine Vielfalt von kulturellen Veranstaltungen gewährleisten. Daher darf die Finanzierung einzelner Projekte nicht die Existenz anderer gefährden. Theater im Park oder das Keltendorf müssen sich in Fragen von Nutzen und Nachhaltigkeit ebenso beweisen, wie andere, vermeintlich kleinere kulturelle Aktivitäten. Eine Unterstützung um jeden Preis zu Lasten Dritter wird es mit uns nicht geben. Wir tragen Verantwortung für den Erhalt der kulturellen Vielfalt in unserer Stadt.

### *GRÜN heißt: Verantwortung für Kultur – Kultur der Verantwortung*

Es ist zu prüfen, welche Bereiche des bei der Stadt verbliebenen Kulturetats geeignet sind, in das Budget des KSfO eingegliedert und damit in die Verantwortung der kulturell Aktiven übergeben zu werden.

Im Bereich Kinder- und Jugendkultur ist es unserer Ansicht nach noch nicht absehbar, ob und welche Aufgaben an private Initiativen und Verbände übertragen werden können. Um diesen Bereich zu sichern, soll er auch in Zukunft durch die Stadt organisiert und koordiniert werden.

### *GRÜN heißt: Kultur braucht (Frei-) Raum*



Über die finanzielle Absicherung kultureller Initiativen hinaus muss die Stadt alle gesetzlichen Rahmenbedingungen voll ausschöpfen, um großzügig und unbürokratisch Genehmigungen für Kulturveranstaltungen zu erreichen. Eine wachsende Zahl von Verordnungen und die zunehmende Intoleranz einzelner Einwohnerinnen gegenüber einem aktiven kulturellen Leben in Oberursel erschweren das ehrenamtliche Engagement und die unternehmerische Initiative. Sie vermindern die Freude an der Organisation von Festen und Veranstaltungen. Die Stadtverwaltung soll hier positive Impulse setzen und Verordnungen und Gesetze zugunsten der Vereine und Initiativen auslegen. Unsere Stadt soll sich aktiv dafür einsetzen, dass kulturelle Aktivitäten auch von den Anwohnerinnen besser angenommen werden,

Kultur braucht Platz. Es gehört zur Verantwortung unserer Stadt, Initiativen und Programme mit Raumnot bei der Suche nach eben jenen Kulturräumen aktiv zu unterstützen.

Gerade neu entstandene Vereine und Initiativen bedürfen hierbei der Hilfe. Außer Räumen für Auführungen und Veranstaltungen, fehlen auch Orte für Kunstschaffende. Eine Graffiti-Wand für Künstlerinnen und interessierte Jugendliche würde einerseits Kunstschaffende vor Ort binden und andererseits Jugendprojekte ermöglichen.

### **GRÜNE Ideen zur Kultur in Oberursel sind:**

- dauerhafte Planungssicherheit für kulturelle Veranstaltungen
- einfachere Regelungen, um Veranstaltungen durchzuführen
- der Kultur wörtlich „Raum“ zu schaffen
- Jugendlichen und Künstlern z.B. durch Bereitstellung einer Graffiti-Wand Raum zu schaffen

## **Sportstätten**

Jede Oberurseler Sportstätte hat ihren Wert und soll im Interesse der Gesundheit unserer Bevölkerung möglichst erhalten werden. Die Einwohnerinnen der Stadt benötigen ein attraktives Sport- und Familienbad. Das Freibad wird saniert, das Hallenbad abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. Das Neubaukonzept für Hallen- und Freibad, das umweltschonende und energiesparende Technik sowie behindertengerechten und barrierefreien Zugang beachtet, muss deshalb zügig vorangetrieben werden. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass überflüssige und teure Maßnahmen (wie z. B. zwei Sprungtürme) entfallen sollen, dafür aber bei Dämmung und Energiegewinnung eher mehr investiert wird. Zum Zweck der Finanzierung des Schwimmbads stimmen wir mit den anderen Parteien darin überein, dass das derzeitige Parkplatzareal bebaut und verkauft werden darf.

### ***GRÜN heißt: JA zum Schwimmbad UND JA zum Altkönigssportplatz***

Energisch protestieren wir aber dagegen, dass der Altkönigssportplatz bebaut werden soll. Er ist der einzige städtische innenstadtnahe Sportplatz. Er wird von Schulen und Freizeitsportlerinnen genutzt, die auf anderen Sportplätzen nicht zum Zuge kommen. Er ist zugleich Teil des Naherholungsgebietes und Grünzuges zwischen Steinmühlenweg und Bleiche. Der Altkönigssportplatz muss dauerhaft gesichert und saniert werden, so dass er von allen Sportlerinnen gerne genutzt wird. Die derzeitigen Planungen, die von CDU und FDP vorangetrieben werden, sehen eine Bebauung mit Wohnhäusern und deren Verkauf vor, um das Schwimmbad finanzieren zu können.

Wenn nach der Wahl die Mehrheitsverhältnisse anders aussehen sollten, werden wir die Bebauung verhindern.

Wenn die Räume der Feldbergschule in Bad Homburg nach Oberursel verlegt werden, wird der Hartplatz an der Bleibiskopfstraße wegfallen. Hierfür muss Ersatz geschaffen werden.

Schließlich stehen wir den Bemühungen des Alpenvereins Sektion Hochtaunus zum Bau einer

Kletterhalle in Oberursel positiv gegenüber. Städtische Investitionszuschüsse sehen wir jedoch kritisch.

Einen Golfplatz in Oberursel lehnt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus ökologischen Gründen ab.

#### **GRÜNE Ideen zum Sport in Oberursel sind:**

- eine zügige Umsetzung des Neubaukonzepts für Hallenbad und Freibad
- der Erhalt des Altkönigssportplatzes mit freiem Zugang
- adäquater Ersatz für den wegfallenden Hartplatz an der Bleibiskopfstraße

## **Internationales**

Die Förderung internationaler Kontakte ist ein wichtiges Ziel der Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Oberurseler Städtepartnerschaften mit Epinay-sur-Seine in Frankreich, Rushmoor in Großbritannien, der Stierstädter Partnergemeinde Ursem/Koggenland in den Niederlanden und seit nun sieben Jahren mit Lomonossow/Petrodworez in Russland haben zu vielfältigen persönlichen wie auch institutionellen Kontakten und Freundschaften geführt. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen dies als einen wichtigen Teil zur europäischen Aussöhnung an. Besonders erfreut sind die GRÜNEN darüber, dass auch ein enger Kontakt nach Osteuropa besteht. Diese Partnerschaften sollen auch weiterhin gefördert und unterstützt werden.

32

### *GRÜN heißt: Internationale Kontakte fördern*

Dies gilt ebenso für internationale Kontakte, die über die Städtepartnerschaften hinausgehen, wie zum Beispiel Schüleraustauschprogramme und Stiftungen. Auch und gerade Kontakte außerhalb Europas sehen wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als eine wichtige Erfahrung für die Oberurseler Einwohnerinnen an. Dazu gehören langjährige Schulpatenschaften, z.B. in Kolumbien, genauso wie die Unterstützung von Entwicklungshilfeprojekten verschiedener Oberurseler Gruppen z.B. in Afrika oder Südamerika. Wir GRÜNE fordern deshalb, diese Form der internationalen Kontakte angemessen zu fördern.

#### **GRÜNE Ideen zu internationalen Kontakten sind:**

- eine nachhaltige Unterstützung internationaler Partnerschaften und Projekte
- Ausweitung der Förderung von Austauschprogrammen für Schülerinnen und Jugendliche

## **Transparenz und Bürgerbeteiligung**

Städte und Gemeinden sind diejenigen politischen Körperschaften, die dem Leben der Einwohnerinnen am nächsten sind. Entscheidungen und Beschlüsse der politischen Gremien einer Stadt prägen besonders sichtbar die Lebensweise und Lebensqualität der in ihr lebenden Menschen. Gerade städtische Bauplanungen oder Gebührenentscheidungen sind für alle Einwohnerinnen unmittelbar spürbar.

### *GRÜN heißt: Einwohnerinnen aktiv beteiligen*

Wir von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN haben den Grundsatz: Maßstab für gute Politik in einer Kommune ist die langfristige Zufriedenheit und nachhaltige Lebensqualität aller in ihr lebenden Einwohnerinnen. Diese Lebensqualität kann nur mit den Einwohnerinnen erreicht werden und nicht allein durch das Handeln der gewählten Politiker für die Einwohnerinnen.

Die aktive Beteiligung der Einwohnerinnen an den Entscheidungen der Verwaltung und der politischen Gremien ihrer Stadt stellt deshalb für uns GRÜNE eine notwendige Grundvoraussetzung zur Verbesserung der Qualität von Kommunalpolitik dar.

Bürgerbeteiligung führt zu einer erhöhten Legitimität und Akzeptanz politischen Handelns.

Mit mehr Bürgerbeteiligung werden sich die Einwohnerinnen stärker mit ihrer Stadt identifizieren. Identifikation ist eine Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement, ohne das eine lebendige, vielfältige und lebenswerte Kommune nicht denkbar ist.

### *GRÜN heißt: Entscheidungen transparent darstellen*

Eine weitere wesentliche Voraussetzung für Legitimität und Akzeptanz von Politik und der Identifikation von Einwohnerinnen mit ihrer Kommune ist, dass die politischen Entscheidungen und das Verwaltungshandeln weitestgehend transparent sind.

**33** Transparenz ist schließlich wiederum eine Voraussetzung für Bürgerbeteiligung. Nur wenn den Einwohnerinnen die Voraussetzungen, die sachlichen Argumente, der Prozess und die Folgen von kommunalen Entscheidungen vermittelt werden, haben sie einen Grund, sich innerhalb dieses Entscheidungsprozesses zu engagieren.

Wohin mangelhafte Transparenz und Bürgerbeteiligung eine Gesellschaft führen können, hat Stuttgart 21 gezeigt.

### *GRÜN heißt: Bürgerbeteiligung ist fester Bestandteil*

Wichtigste Kriterien für eine funktionierende Bürgerbeteiligung sind nach GRÜNER Auffassung zweierlei. Erstens muss Bürgerbeteiligung so organisiert sein, dass Wissen und Bedürfnisse von möglichst vielen Einwohnerinnen – je nach Fragestellung - unterschiedlichen Lebenssituationen und –rollen (Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, Berufstätige, Senioren etc.) in die Ergebnisse einfließen. Die Ergebnisse müssen möglichst umfassend und zeitnah umgesetzt werden.

Zudem darf Bürgerbeteiligung nicht als Vehikel zur Klientelpolitik missverstanden werden. Die Ergebnisse der Beteiligungsverfahren müssen immer in die am Gemeinwohl orientierte Gesamtverantwortung der demokratisch gewählten Gremien integriert werden.

### *GRÜN heißt: Einwohnerinnen ernst nehmen*

Gleichzeitig gilt aber: Nur wenn Einwohnerinnen die Erfahrung machen, dass ihr Engagement Folgen hat, werden sie die Instrumente der Bürgerbeteiligung als hilfreich annehmen und sich auch weiterhin engagieren.

Alibiveranstaltungen, deren Ergebnisse nicht umgesetzt werden, führen zu Frustration, zum Rückzug der Engagierten und schließlich zu Verlust an Identifikation und Politikverdrossenheit. Gründe für ein solches „Ergebnis“ von Beteiligungsverfahren waren in der Vergangenheit in Oberursel häufig: Desinteresse an Politik und Verwaltung, fehlende Finanzmittel, oder dass die Ergebnisse, aufgrund einer schlechten Moderation des Beteiligungsprozesses, unpraktikabel waren.

In Oberursel sind in den letzten Jahren – auch aufgrund von GRÜNEN Initiativen - verschiedene Instrumente der Bürgerbeteiligung ausprobiert worden.

Einige davon (z.B. der Beteiligungsprozess zur Neugestaltung der „Bleiche“) sind gescheitert. Aus anderen, wie zum Beispiel dem Agenda-Prozess, haben sich viele engagierte Einwohnerinnen frustriert zurückgezogen, weil die Ergebnisse wenig Eingang in die Stadtpolitik gefunden haben.

Es gibt aber auch Beispiele für Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung, wie z.B. „Oberursel unter der Lupe“, die auf einem Erfolg versprechenden Weg sind: In einem überschaubaren Zeitraum wurden

mit und für verschiedene Bevölkerungsgruppen (Kinder, Jugendliche, Seniorinnen) gute Ergebnisse erarbeitet, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen.

Wir GRÜNE werden darauf drängen, dass dies möglichst zeitnah und umfassend geschieht und dass die Teilnehmerinnen über die Umsetzungsschritte informiert werden.

## **Bürgerhaushalt**

In den letzten Jahren ist als Instrument der Bürgerbeteiligung der so genannte „Bürgerhaushalt“ in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt.

Als „Bürgerhaushalt“ werden Bürgerbeteiligungsverfahren bezeichnet, in denen Einwohnerinnen einer Kommune in einem strukturierten Diskussionsprozess in Form von Arbeitsgruppen, Versammlungen, Delegiertenkonferenzen oder Onlinediskussionen Investitions- oder Sparvorschläge zu bestimmten Teilen der frei verwendbaren Haushaltsmittel ihrer Stadt machen.

Die städtischen Gremien verpflichten sich, die Resultate dieses Diskussionsprozesses im Rahmen des definierten Etats weitestgehend umzusetzen, solange es keine rechtlichen oder schwerwiegenden sachlichen Hindernisse gibt.

Der erste Bürgerhaushalt wurde 1989 in Porto Alegre (Brasilien) durchgeführt. Mittlerweile haben alleine in Deutschland 64 Kommunen ganz unterschiedlicher Größe, von Alsfeld, Bad Wildungen und Groß-Umstadt, über Oldenburg und Chemnitz, bis zu Großstädten, wie Köln, Leipzig und Hamburg, einen Bürgerhaushalt beschlossen, eingeführt oder schon mehrfach durchgeführt.

34

### *GRÜN heißt: Bürgerbeteiligung auch bei den Finanzen*

Beim „Kölner-Modell“ eines Bürgerhaushaltes können die Einwohnerinnen über einen Zeitraum von 4 Wochen im Internet zu jährlich neu festgelegten Haushaltsbereichen Vorschläge machen, die dann dort auch mit Pro und Contra diskutiert und bewertet werden. Die bestbewerteten Vorschläge werden dann von der Verwaltung fachlich geprüft und mit einer „Stellungnahme der Verwaltung“ versehen. Im nächsten Schritt werden die Vorschläge, zusammen mit dieser Stellungnahme, den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt. Zuletzt setzt die Verwaltung die beschlossenen Vorschläge möglichst zeitnah um. Über den Beschlussprozess und die Umsetzung werden die interessierten Einwohnerinnen im Internet und per Newsletter informiert.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworten für Oberursel die Einführung eines Bürgerhaushaltes nach dem „Kölner-Modell“. Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen, dieses Verfahren auf die Oberurseler Verhältnisse zu adaptieren.

## **Ortsbeiräte**

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Ortsbeiräte als die Gremien in denen vor Ort einwohnerinnennahe Politik organisiert und transparent kommuniziert werden kann. In den Ortsbeiräten können Einwohnerinnen Probleme und Anliegen, die ihren Stadtteil betreffen, mit den gewählten Mandatsträgerinnen, die auch in dem Stadtteil wohnen, direkt besprechen und sich über deren Initiativen zur Lösung der Probleme informieren.

### *GRÜN heißt: Ortsbeiräte für alle*

Wir GRÜNEN fordern deshalb die Einrichtung von Ortsbeiräten für Oberursel Nord und Oberursel Mitte und die Umwandlung des Beirats Bommersheim in einen demokratisch gewählten Ortsbeirat nach den Regeln der Hessischen Gemeindeordnung (HGO).

Zusätzlich sind die Rechte des Ortsbeirats zu stärken. In Oberursel haben die Ortsbeiräte nur das absolute Minimum an Kompetenzen, die die HGO für die Ortsbeiräte fordert. Die HGO erlaubt aber auch, die Ortsbeiräte mit mehr Rechten auszustatten. Nach §82 HGO kann den Ortsbeiräten von der Stadtverordnetenversammlung eigene Aufgabengebiete zur alleinigen Entscheidung über-

tragen werden, „wenn dadurch die Einheit der Verwaltung der Gemeinde nicht gefährdet wird.“(HGO § 82 Abs. 4) Gleichzeitig muss die Stadtverordnetenversammlung den Ortsbeiräten dann auch die zur Erledigung dieser Aufgaben notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Aufgabengebiete, die dem Ortsbeirat zur alleinigen Entscheidung übertragen werden könnten, wären zum Beispiel: Neu- und Umgestaltung von öffentlichen Sportanlagen, Grün-, Erholungs- und Spielanlagen, Verkehrsberuhigungs- und Verkehrsführungsmaßnahmen. Der Magistrat würde die Ortsbeiräte bei der Durchführung ihrer Aufgaben unterstützen.

## **E-Government und Onlineauftritt**

Das Internet ist im letzten Jahrzehnt zum unverzichtbaren Informations- und Kommunikationsmedium geworden, das von Einwohnerinnen und Unternehmen selbstverständlich und umfassend genutzt wird.

Die Online-Kommunikation birgt auch große Möglichkeiten Verwaltungsprozesse und die Kommunikation einer Stadt mit ihren Einwohnerinnen zu vereinfachen.

## **35 GRÜN heißt: Übersichtliche Internetpräsenz der Stadt Oberursel**

Diese werden in Oberursel bislang zu wenig genutzt:

Relevante Informationen und aktuelle Termine werden auf der Homepage der Stadt nicht übersichtlich und ansprechend präsentiert.

Oberursel bietet ihren Einwohnerinnen so gut wie keine Möglichkeit relevante Verwaltungsaufgaben online zu erledigen. Andere Städte sind da schon viel weiter. Durch die Einführung der rechtlich verbindlichen und verschlüsselten DE-Mail im Jahr 2011 eröffnen sich in der neuen Legislaturperiode viele neue Anwendungsfelder und Möglichkeiten, den Einwohnerinnen den Umgang mit der Verwaltung zu vereinfachen.

### *GRÜN heißt: Politikbereiche übersichtlich gestalten*

Städtische Politik wird auf der städtischen Homepage nicht an prominenter Stelle dargestellt und vermittelt.

Ein hervorgehobener Hinweis auf die Sitzungstermine von Stadtverordnetenversammlungen und Ortsbeiräten und eine einfache Darstellung der Themen auf der jeweiligen Tagesordnung wäre ein probates Mittel den Einwohnerinnen die Stadtpolitik transparent zu machen.

Die Möglichkeiten, über Bürgerbeteiligungsinstrumente auf der Homepage der Stadt auffällig zu informieren oder sie sogar weitestgehend online durchzuführen, werden nicht genutzt.

### **GRÜNE Ideen zur Bürgerbeteiligung:**

- regelmäßige und frühzeitige Einbeziehung der Einwohnerinnen mit Hilfe von Beteiligungsinstrumenten
- zeitnahe Umsetzung der Ergebnisse von Verwaltung und politischen Gremien
- Einführung eines Bürgerhaushaltes nach dem „Kölner-Modell“
- Ortsbeiräte auch für Oberursel Nord, Oberursel Mitte und Bommersheim
- Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte: Übertragung von Aufgaben und finanzielle Mittel zur alleinigen Entscheidung
- stärkere Nutzung der Möglichkeiten des Internets zur Kommunikation und Verwaltungsvereinfachung

# Finanzpolitik

Oberursel hat, wie fast alle Städte und Gemeinden, ein deutliches Finanzproblem. Für die Fülle ihrer Aufgaben sind die Kommunen deutlich unterfinanziert. Auf einen Großteil der Einnahmen und Ausgaben haben sie nur wenig Einfluss.

Der überwiegende Teil der Einnahmen, die die Stadt Oberursel hat, ist von der Stadt kaum direkt steuerbar, da es sich um Steuern und Abgaben handelt, die auf anderen Ebenen festgelegt werden und massiv von der Konjunktur abhängig sind. Zugleich erfüllt die Stadt eine Reihe von Aufgaben, die zwingend vorgeschrieben oder gesellschaftlich notwendig sind, so dass auch hier wenig Handlungsspielraum gegeben ist.

Trotzdem gehört Oberursel aber zu den gesunden Städten. Wir können uns viel leisten und damit die Lebensqualität unserer Einwohnerinnen sicherstellen. Auch wenn, wie in den vergangenen Jahren, der städtische Haushaltsplan oft nicht ausgeglichen war, führte dies kaum zu spürbaren Leistungseinschnitten.

## *GRÜN heißt: Ehrliche Darstellung der Finanzsituation*

Dies hängt auch damit zusammen, dass es in den letzten Jahren häufig einen großen Unterschied zwischen den Haushaltsplänen, die von der Stadtverordnetenversammlung nach Vorlage durch den Magistrat beschlossen werden, und der tatsächlichen Einnahmesituation gab.

Im Schnitt der Jahre 2003 – 2009 hat die Stadt pro Jahr 11 Mio. € mehr Steuereinnahmen erzielt, als in den Haushaltsplänen prognostiziert war. Selbst im Jahr der Finanzkrise 2009 lagen die Einnahmen 7,5 Mio. € über Plan. Damit wird deutlich, wie schwer die Finanzsituation einer Stadt durch ehrenamtliche Politiker zu steuern ist, wenn sie vom Kämmerer keine verlässlichen Zahlen vorgelegt bekommen. Wir GRÜNE fordern daher seitens des Magistrats mehr Haushaltsklarheit und –wahrheit.

Durch die Einführung der so genannten „Doppik“ wurde das Finanzgebaren der kommunalen Haushalte übersichtlicher, die Anlehnung an betriebswirtschaftliche Bilanzen vereinfacht die Wahrnehmung der finanzwirtschaftlichen Gesamtsituation. 2009 wurde erstmals eine Eröffnungsbilanz für die Stadt vorgelegt. Diese zeigt, dass Oberursel trotz eines Schuldenstands von ca. 40 Mio. € gesund ist. Zum Vermögen der Stadt gehören alleine Grundstücke im Wert von über 100 Mio. €. Auch deshalb kann sich die Stadt größere Investitionen, wie beispielsweise ein neues Schwimmbad leisten.

Das Problem der Schuldenlast sind die Aufwendungen für Zinsen und Tilgung, die den Haushalt 2010 mit über 3 Mio. € belastet haben. Dies macht deutlich, dass am grundsätzlichen Weg des Schuldenabbaus festgehalten werden muss.

## *GRÜN heißt: Kein Verscherbeln des Tafelsilbers*

Nicht alle Grundstücke, die der Stadt gehören, sind auch wirtschaftlich verwertbar. Vor allem der Wert von Grünflächen für Natur und Menschen ist nicht in Zahlen auszudrücken. Die Verwertung des städtischen Tafelsilbers oder gar der „Kronjuwelen“ ist für uns kein gangbarer Weg, um die Aufnahme neuer Kredite zu vermeiden. So lehnen wir z. B. die Bebauung des Altkönigsportplatzes ab.

Nicht jedes Bauprojekt, das verwirklicht werden kann, ist auch sinnvoll für die Entwicklung der Stadt. Die schwierige Finanzlage darf nicht dazu führen, dass soziale oder ökologische Aspekte keine Rolle mehr spielen. In intensiv genutzten Naherholungsgebieten sowie in ökologisch sensiblen Bereichen, wie an den Ufern des Urselbaches oder in Frischluftschneisen, darf nicht gebaut werden, auch wenn dadurch Geld in die städtischen Kassen käme. Auch mit Gemeinbedarfsflächen muss sorgsam umgegangen werden.

Einen Kredit bei der Bank kann man zurückzahlen, zugebaute Grünflächen sind jedoch verloren. In den nächsten Jahren sollte die Stadt daher nur solche Baugebiete entwickeln, die hierfür im Flächennutzungsplan auch vorgesehen sind.

### *GRÜN heißt: Ökologische und soziale Prioritäten bei den Finanzen*

Solange die Gemeindefinanzen nicht grundsätzlich auf solidere Füße gestellt werden, wird auch der Oberurseler Haushalt Jahr für Jahr am Rande der Finanzierbarkeit stehen. Deshalb müssen alle Leistungen, die die Stadt erbringt immer wieder auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Dabei müssen Prioritäten gesetzt werden.

Der Ausbau von Leistungen kann unseres Erachtens nur noch in den zukunftssichernden Bereichen der Familienpolitik und der ökologischen Stadtentwicklung erfolgen. Vor allem in der Kinderbetreuung erbringt die Stadt Leistungen für die Bildung unserer Kinder und damit die Zukunft der Gesellschaft, dies darf nicht durch finanzielle Einschnitte beeinträchtigt werden.

### *GRÜN fordert: Sichere Finanzierungszusagen von Bund und Land*

**37** Damit die Stadt Oberursel finanziell wieder handlungsfähiger wird, bedarf es grundlegender Veränderungen auf Bundes- und Landesebene. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten schon lange für eine Gemeindefinanzreform ein, die diesen Namen auch verdient. Wir fordern, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Einnahmen zu stabilisieren und besser zu planen, z. B. durch eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer, sowie eine Verstetigung und ökologische Ausrichtung der Grundsteuer.

Außerdem müssen Städte und Gemeinden von den Kosten steigender Sozialausgaben entlastet werden und eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen im Grundgesetz sichergestellt werden. Dies bedeutet auch, dass Finanzierungszusagen des Landes und des Bundes nicht im Nachhinein zurückgenommen werden.

So wurde am 22. April 2010 festgesetzt, dass nur die Kommunen finanzielle Unterstützung vom Land Hessen erhalten, die nach dem 31. Dezember 2008 in zusätzliches Personal für eine bessere Kinderbetreuung investiert haben. Alle Kommunen, die schon vorher investiert haben, gehen – entgegen gemachter Versprechen - leer aus. So bleibt auch die Stadt Oberursel auf Kosten von mehreren Hunderttausend Euro sitzen. Diese nachträgliche Fristsetzung diene ausschließlich dazu, den Landeshaushalt zu entlasten und Geld zu sparen. Allerdings auf Kosten der Kommunen. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der zugesagte Zuschuss in voller Höhe ausgezahlt wird.

### *GRÜN heißt: Regelmäßige Bürgerversammlungen*

Um die finanzielle Situation Oberursels den Einwohnerinnen transparenter zu machen und diese auch bei einschneidenden Entscheidungen einzubinden, treten wir GRÜNE dafür ein, dass auch bei Haushaltsfragen mehr Bürgerbeteiligung Einzug hält. So sind wir dafür, dass es regelmäßige Bürgerversammlungen über die finanzielle Lage der Stadt gibt und dass Teile des Haushalts über einen „Bürgerhaushalt“ mitentschieden werden:

Finanzpolitik muss Spielräume für politische Entscheidungen schaffen, nicht den Mangel verwalten.

#### **GRÜNE Forderungen zur Finanzpolitik:**

- eine ehrliche Haushaltsführung
- Reduktion der Belastung des Haushalts durch Zinsen und Tilgung durch Verringerung des Schuldenstandes
- kein Verkauf von städtischen Grundstücken für Bebauung in ökologisch sensiblen Bereichen

# Unsere Liste für Oberursel

unser

Listenplatz 1



## **Christina Herr, 37**

Beruf: Kreisfraktionsgeschäftsführerin

Funktionen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

seit 2001: Stadtverordnete

derzeit: stellv. Fraktionsvorsitzende; stellv.

Vorsitzende Sozial- und Kulturausschuss

Arbeitsschwerpunkte: Kinderbetreuung, Jugendpolitik

Listenplatz 2



## **Christof Fink, 36 Jahre**

Beruf: Diplom Politologe, Referent Public Affairs

Funktionen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

1993 - 2001: Mitglied des Ortsbeirats Stierstadt

seit 1995: Stadtverordneter

seit 2001: Fraktionsvorsitzender

Arbeitsschwerpunkte: Klimaschutz, Finanzpolitik

38

Listenplatz 3



## **Stephan Schwarz, 47 Jahre**

Beruf: Psychologe

Funktionen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Seit 2009 Mitglied des Vorstandes des

Ortsverbandes Oberursel

Arbeitsschwerpunkte: Bürgerbeteiligung, Verkehrspolitik und Stadtentwicklung

Listenplatz 4



## **Lars Erik Stockmann, 21**

Beruf: Studiert in Frankfurt Geschichte und evangelische Religion auf Gymnasiallehramt

Funktionen:

Mitgründer und zeitweise auch Sprecher der

Grünen Jugend Hochtaunus und Oberursel

Arbeitsschwerpunkte: Jugendpolitik und Jugendbeteiligung (Jugend Verantwortung geben) & Kulturpolitik



unser  
Listenplatz 5



**Frank Böhme, 41 Jahre**

Beruf: Kaufmännischer Angestellter

Funktionen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Seit 2006 Stadtverordneter, Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher und

Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke Oberursel

Arbeitsschwerpunkte: Umwelt- und Naturschutz,  
Stadtentwicklung & Verkehrspolitik

**Wilfried Günther, 56 Jahre**

Beruf: Naturkosthändler

Funktionen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

1982 Gründungsmitglied der Grünen Oberursel, einige Male im Vorstand  
und 2x Kassierer

1985- 93 Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender; 1992- 2006 Kreis-  
tagsabgeordneter + parl. Geschäftsführer der Kreistagsfraktion; 1993- 97  
ehrenamtlicher Stadtrat; 1997- 2006 Stadtverordneter; seit 2006 ehren-  
amtlicher Stadtrat und Mitglied des Aufsichtsrates der Stadtwerke GmbH  
Arbeitsschwerpunkte: Finanzen und Wirtschaftspolitik, insbesondere das  
Thema eine ökologische, nachhaltige Entwicklung auch wirtschaftlich ver-  
nünftig zu verwirklichen.

Listenplatz 6



Listenplatz 7



**Norbert Halas, 54 Jahre**

Beruf: Angestellter in der Landesgeschäftsstelle von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Hessen

Funktionen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Seit 2006  
Stadtverordneter. Mitglied im Sozial- und Kultur-Aus-  
schuss sowie im Haupt- und Finanz-Ausschuss

Arbeitsschwerpunkte: Kinder, Jugend, Verkehr, Um-  
welt

**Wolfgang Schmitt, 51 Jahre**

Beruf: Leitender Angestellter in der  
Entwicklungszusammenarbeit

Funktionen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

1994 - 1998 Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Arbeitsschwerpunkte: kommunale Wirt-  
schaftspolitik, Abfallpolitik, Nachhaltigkeit

Listenplatz 8



## Listenplatz 9



### **Wolfram Gaigl, 46 Jahre**

Beruf: Lehrer

Funktionen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von 1997 bis 2003. Seit 1997 Mitglied der Gesellschafterversammlung des Verkehrsverbandes Hochtaunus

Arbeitsschwerpunkte: Öffentlicher Nahverkehr, Radverkehr, Schule

### **Joachim Krahl, 62 Jahre**

Beruf: Angestellter im Naturkostfachhandel

Funktionen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oberurseler Stadtverordneter 1989 bis 1997 und 2002 bis 2011. Mitglied des Ortsbeirat Oberstedten von 1997 bis 2011

Arbeitsschwerpunkte : Wasser, Abfall, Verkehrsberuhigung, ökologischer Stadtumbau

## Listenplatz 10



01. Christina Herr
02. Christof Fink
03. Stephan Schwarz
04. Lars Stockmann
05. Frank Böhme
06. Wilfried Günther
07. Norbert Halas
08. Wolfgang Schmitt
09. Wolfram Gaigl
10. Joachim Krahl
11. Renate Krämer
12. Ilja Moreth
13. Doris Staab
14. Ilja Streubel
15. Julia Mansmann
16. Astrid Köhler
17. Irene Herrmann
18. Dr. Norbert Copray
19. Dominique Hohmann-Huet
20. Yannic Schwarz
21. Valentin Walther
22. Norman Dießner
23. Valeri Probst
24. Gerald Egerer
25. Valérie Köhler
26. Peter Matthäy
27. Christine Halas
28. Andreas Kühnel
29. Andrea Feige
30. Stephan Jung
31. Elena Bill
32. Werner Kühnel
33. Johanna Hanhörster
34. Markus Mezger
35. Cordula Wilsdorf-Krahl
36. Florian Sochor

**WIR KONZENTRIEREN UNS AUF INHALTE**

[www.gruene-oberursel.de](http://www.gruene-oberursel.de)